

Diese Zeitung erscheint
jede Woche Sonnabends.

Preis vierteljährlich durch
die Post bezogen 1,10 Mt.
Eingetragen in die
Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis:
50 Pf. für die dreizehnpalt.
Zeile.

Geschäftsanzeigen werden
nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postfachkonto: Nr. 358 15 Postfachamt Hannover.

Verlag von A. Brep.

Druck von E. H. Meißner & Co., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Montag morgen 9 Uhr.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Lawrenz, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover M, Rathenauplatz 3.
Fernsprechanstalt 2 28 41 und 2 28 42.

Sturm Signale!

Rücktritt Brüning's - Ein Adelskabinett - Reichstagsauflösung.

Am 30. und 31. Mai 1932 vollzog sich in Deutschland ein politisches Ereignis, das für ganz Deutschland und besonders für die deutsche Arbeiterschaft von entscheidender Bedeutung sein wird. Die Regierung Brüning trat „freiwillig“ zurück. Hindenburg wollte ein „Kabinett der nationalen Konzentration“, über dessen endgültige Zusammensetzung wir an anderer Stelle unseres Verbandsorgans etwas sagen. Kabinette mit so hochklingendem Namen sind für die Arbeiterschaft stets verdächtig. Auch das „Kabinett der Frontkämpfer“, die „Hindenburg-Regierung“, wie die von Dr. Brüning geführte Regierung sich zu Beginn ihrer von der freiorganisierten Arbeiterschaft oft und scharf kritisierten Tätigkeit nannte, war uns ja alles andere eher als willkommen. Aber es bildete sich im Laufe der Zeit eine gewisse Interessengemeinschaft heraus, weil Dr. Brüning ebenso wie die organisierte Arbeiterschaft mit allen Mitteln zu verhindern suchte, daß die Nationalsozialisten an die Macht gelangten.

Es hat keinen Zweck, zu beschönigen und zu bemänteln, und darum dient es nur der Klärung der außerordentlich ernsten Lage, wenn der Arbeiterschaft gesagt wird, daß mit dem Sturz Brüning's und dem Auftreten der Regierung Papan, deren Mitglieder fast durchweg dem Adel und dem Großgrundbesitz angehören, die Gefahr des Faschismus in die allernächste und bedrohlichste Nähe gerückt ist. In weiser Voraussicht hat die Regierung der Junker und Industriellen den alten Reichstag schleunigst aufgelöst. Bei dem neuen Reichstag hofft sie günstiger abzuschneiden; aber wie die Neuwahlen ausfallen werden, darüber werden wir mit unseren Reaktionsären, mit den Leuten aus dem Mittelalter, noch ein Wörtlein reden. Wahrscheinlich wird der Reichspräsident v. Hindenburg nun wieder mehr „ihr“ Mann werden, nachdem er den Staatsmann gehen ließ, der mehr als irgendein anderer sich persönlich für die Wiederwahl Hindenburg's eingesetzt hat, und der den Nationalsozialisten als eins der gefährlichsten Hindernisse auf ihrem Wege zur faschistischen Diktatur erschien. Das neue Übergangskabinett wird den Nazis nicht sonderlich gefährlich werden, ist es doch in ihren wesentlichsten Elementen mit den nationalsozialistischen Tendenzen völlig einig.

Was war der Grund dieses Regierungswechsels in einer Zeit, wo Deutschland vor äußerst schwerwiegenden Entscheidungen steht? Kein Volk mit politischem Sinn wird ohne Ursache einen Regierungswechsel vornehmen, drei Wochen vor einer Konferenz (Lausanne), die das Schicksal

der Völker für die nächsten Jahre zu bestimmen haben wird. Daß diese schwerwiegenden Bedenken glatt über den Haufen gerannt wurden, liegt an den reaktionären Strömungen, die in Deutschland seit Ausbruch der Krise immer mehr an Boden gewinnen.

Dazu kam, daß in den Kreisen der Großindustrie und des Großgrundbesitzes immer mehr die Entschlossenheit zu einem Angriff auf den bisherigen Regierungskurs wuchs, weil die Regierung Brüning noch immer nicht genug für sie tat. Und das alles, obwohl noch nie eine Regierung der Arbeiterschaft soviel Opfer zugemutet und ihr soviel Lasten auferlegt hatte wie gerade die letzte Reichsregierung. In einem offenen und mannhaften Auftreten hat es bei den Gegnern des „Systems“ aber nicht gelangt, und daher wurde seit Wochen im geheimen gegen den Reichskanzler Dr. Brüning gewühlt, wurde seit Wochen dem Reichspräsidenten die Überzeugung beizubringen versucht, daß er unmöglich länger mit Dr. Brüning regieren könne, der die Mehrheit des Volkes nicht mehr hinter sich habe und der, das wurde wohl weniger deutlich ausgesprochen, so wenig für die ostelbischen Großgrundbesitzer tun wolle. So ist denn Brüning in der Hauptsache wohl über die Siedlungsfrage gestürzt. Vorher gingen die offenen und versteckten Angriffe aus den Kreisen der hohen Militärs, die ja immer schon Unheil anrichteten, in ihrem eigentlichen Beruf und noch mehr, wenn sie sich mit der Staatspolitik befaßten.

Für die Arbeiterschaft steht nun nicht weniger als alles auf dem Spiel. Von diesem Kabinett der allerfinstesten Reaktion hat sie nichts Gutes, aber alles Schlimme zu erwarten. Es droht die Inflation mit all ihren Schrecken und Entbehrungen, die sie den arbeitenden Massen bringt, es drohen die größten Gefahren für die Sozialpolitik, für die Arbeitslosen, Kranken und Invaliden, es drohen aber auch den Gewerkschaften und allen anderen Organisationen und Einrichtungen der Arbeiterschaft die größten und ernstesten Gefahren. Es ist so oft von der Stunde der Entscheidung gesprochen worden, in der die Arbeiterklasse alle Kräfte anspannen müsse. Aber so nahe ist die Entscheidungsschunde, der Entscheidungskampf noch nie gewesen. Die Arbeiterschaft über alle drohenden Gefahren aufzuklären, ihr den Gegner in seiner wahren Gestalt zu zeigen, und sie für den unvermeidlichen Kampf zusammenzufassen und zu organisieren, das muß jetzt unsere Aufgabe sein.

Für landwirtschaftliche Grundstücke im Osten werden geringe Preise geboten. Die Stützung der landwirtschaftlichen Großbetriebe mit öffentlichen Mitteln war auf die Dauer nicht zu verantworten. Trotz aller Stützungsmaßnahmen wurden andauernd bankrotte Güter feilgeboten. Die Regierung Brüning hatte nun vor, die Siedlungspolitik etwas großzügiger zu betreiben und die zusammengekrachten Großbetriebe des Ostens mit Bauernsöhnen und Landarbeitern zu bestudeln. Der Preis, der den Besitzern für Grund und Boden gezahlt werden sollte, sollte sich dem Marktpreise anpassen. Gegenüber richtete sich der Sturm der Großgrundbesitzer. Es sollte nicht der auf dem Markt erzielbare Preis, sondern der sogenannte Einheitswert zur Grundlage der Entschädigung gemacht werden. Die Junker wollten also aus der Siedlung ein Geschäft machen. Sie wollten aus den Mitteln der Allgemeinheit für ihre zusammengebrochenen Klitschen so viel herausziehen, daß sie davon gut leben können. Und weil die Regierung Brüning diesen Wünschen sich nicht so ohne weiteres geneigt zeigte, schlangelte man sich an den Reichspräsidenten heran. Dieser ist selbst Großgrundbesitzer. Die Regierungskrise ist also zu einem Teil ein Kampf um die Bodenpreise des agrarischen Ostens. Das Siedlungswerk soll aufgegeben werden, oder wenn es fortgeführt wird, dann soll es nur so geschehen, daß die Großgrundbesitzer einen tüchtigen Baken als Entschädigung erhalten. Daß dadurch eine Siedlungspolitik auf billiger Basis unmöglich gemacht wird, versteht sich am Rande. Den Kreisen, die die Regierung stürzen, geht es ja auch nicht um die Siedlung, sondern um die Besitzhaltung oder, wenn eine Veräußerung dennoch eingeleitet werden soll, um eine lebenslängliche Rente. So löst sich alles, was in den hohen Regionen der Politik auf Betreiben der „wahrhaft nationalen Kreise“ geschieht, in ein nüchternes Rechenexempel auf. Sie kämpfen um den Staat, um mit Hilfe der Staatsgewalt die Mittel der Allgemeinheit in die Taschen bestimmter Schichten lenken zu können. Alles andere ist Phrase und Benebelung der Gehirne.

Preußen fordert Verkürzung der Arbeitszeit und Arbeitsbeschaffung

Die preußische Regierung hat an den Reichskanzler eine Eingabe gerichtet, in der ermahnt wird, die Arbeitslosigkeit als das Zentralproblem der inneren Politik zum Gegenstand energischer Maßnahmen zu machen. Eine anderweitige Verteilung der vorhandenen Arbeit durch eine systematische Verkürzung der Arbeitszeit unter Rückführung der Arbeitslosen auf die dadurch freiwerdenden Arbeitsplätze wird als dringend notwendig erachtet:

„Es genügt nicht, daß für einige, meist schon kurz arbeitende Industrien die wöchentliche Arbeitszeit auf vierzig Stunden festgesetzt wird. Die Kürzung muß vielmehr tunlichst allgemein angeordnet werden. Sie kann bei 40 Stunden nicht haltmachen, muß vielmehr darüber hinausgehen. Daneben muß sofort ein möglichst umfassendes Arbeitsbeschaffungsprogramm unter besonderer Berücksichtigung der ländlichen Siedlungen in den östlichen Landesteilen durchgeführt werden. Bei Durchführung dieser Maßnahmen — Kürzung der Arbeitszeit, Arbeitsbeschaffung und organisatorische Vereinfachung der Erwerbslosenunterstützung — wird sich der Umfang der Arbeitslosigkeit und des Bedarfs an öffentlichen Mitteln erheblich senken lassen, während er andererseits noch steigen müßte.“

Die Dringlichkeit der gesetzlichen Verkürzung der Arbeitszeit wird von der preußischen Staatsregierung betont und anerkannt. Daß sich die Forderungen mit den Ansichten der Gewerkschaften decken, dürfte bekannt sein. Das größere Gewicht ist aber auf die schleunigste Herausbringung eines umfassenden Arbeitsbeschaffungsprogrammes zu legen.

Die neue Reichsregierung - das Kabinett der nationalen Konzentration.

Nach den letzten Meldungen besteht die neue Reichsregierung aus folgenden Herren:

- Reichskanzler: von Papan.
- Inneres: Freiherr v. Gayl.
- Außeres: Votschaffer von Neurath.
- Reichswehr: General von Schleicher.
- Wirtschaft und Arbeit: Warmbold.
- Ernährung u. Landwirtschaft: Freiherr von Braun.
- Finanzen: Graf Schwerin von Krosigk.
- Justiz: Gürkner.
- Verkehr und Post: Freiherr Eich von Rübenaeh.

Ist es schon eine gelinde Annäherung, sich als Kabinett der nationalen Konzentration zu bezeichnen, wenn wenigstens 18 Millionen deutsche Wähler und Wählerinnen in schärfstem Gegensatz zu dem neuen Gremium stehen, so zeigt noch mehr die Zusammensetzung der neuen Regierung, daß die Interessen der Arbeiterschaft von diesen Männern keine Förderung erfahren werden. Noch mehr als bisher wird versucht werden, die Sozialversicherung zu verschlechtern, die Lebenshaltung der Arbeiterschaft herabzudrücken und auch das bisherige, was den Unternehmern an den Lasten der Wirtschaftskrise noch zu tragen blieb, auf die Schultern der Arbeiter abzuwälzen. Die Vörse, die für die wirtschaftlichen Auswirkungen der politischen Geschehnisse immer eine feine Witterung gehabt hat, reagierte auf die Regierungsbildung denn auch sofort mit

steigenden Aktienkursen, mit sinkenden Renten, mit einer sogenannten „Flucht in die Sachwerte“, dem höchstbedenklichen Anzeichen der Inflation unheiligen Angebens.

Die Arbeiterschaft kann diesem Kabinett nur mit schärfstem Mißtrauen begegnen. Das kommt auch in der Stellungnahme der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zum Ausdruck. Sie erklärte:

„Der Sturz der Regierung Brüning, der außerhalb des Parlaments durch unverantwortliche Ratgeber des Reichspräsidenten herbeigeführt worden ist, eröffnet eine außerordentlich schwere innen- und außenpolitische Krise.“

Die Art der Bildung und der Zusammensetzung der Reichsregierung ist gegen das Volksinteresse und gibt keine Gewähr für die Aufrechterhaltung der Sozialpolitik, insbesondere der Rechte der Arbeitslosen. Zugleich ist die Führung einer Außenpolitik gefährdet, die zu einer Wiederherstellung des Vertrauens und der notwendigen internationalen Zusammenarbeit führt.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist entschlossen, gegen alle sozialreaktionären Anschläge, gegen alle inflationistischen Experimente und gegen alle Angriffe auf die Verfassung und die Demokratie den Kampf zu führen, steht der sich bildenden Regierung mit schärfstem Mißtrauen gegenüber und wird daraus alle parlamentarischen Konsequenzen ziehen.“

Die Anergättlichkeit der Großagrarien - eine Hauptursache der Regierungskrise.

Die Regierungskrise in Deutschland hat verschiedene Ursachen. Neben dem reaktionären Zug, der durch das deutsche Volk geht, und der alle dunklen Kräfte zum entscheidenden Schlag mobilisiert, spielen eine Reihe sozialökonomischer und

Forderungen eine Rolle. Der energische Vorstoß der ostelbischen Großgrundbesitzer gegen die Regierung Brüning ging um das Siedlungsprogramm. Selten war eine so landwirtschaftsfeindliche Regierung am Ruder wie die verflorenen. Mittels der Zollpolitik hat sie die Preise für landwirtschaftliche Produkte weit über den Stand des Weltmarktes getrieben. Daneben hat sie eine Subventionspolitik eingeleitet, die Milliarden gekostet hat. Wie ist nun der neueste Vorstoß der Großagrarien zu erklären? Wie überall hat die Krise auch in

Für oder gegen das Krümpersystem?

Durch die Verordnung vom 6. Oktober 1931 wurde mit Wirkung vom 12. Oktober 1931 ein neuer Paragraph in das ArbZG. (Arbeitslosenvermittlungsgesetz) eingefügt, der für manche Betriebe und deren Arbeiterschaft in gewissen Zeiten zum Vorteil dieser angewandt werden kann. Besteht in einem Betriebe z. B. eine Vereinbarung mit dem Betriebsrat, Arbeiterrat oder Angestelltenrat, nach der in regelmäßigem Wechsel ein Teil der Belegschaft vorübergehend die Arbeit aussetzt — sei es durch vorübergehende Entlassungen oder durch den sogenannten Werksurlaub — so kann der Vorsitzende des Landesarbeitsamts, in dessen Bezirk der Betrieb liegt, zwecks Entlastung des Arbeitsmarktes auf Antrag der Beteiligten anordnen, daß die Ausgeschiedenen, auch wenn sie sonst nicht als arbeitslos anzusehen wären, beim Vorliegen der übrigen Voraussetzungen Arbeitslosenunterstützung erhalten; jedoch darf der Wechsel der Belegschaft nicht in größeren als monatlichen Zeitabschnitten erfolgen, und die während der Regelung in dem betreffenden Betriebe arbeitende Belegschaft darf ohne

wesentlich geringer sein, als die durchschnittliche Belegschaft der letzten Zeit. Auch ist während des Bezugs der Krümper-Alt — denn so heißt die Arbeitslosenunterstützung nach § 89b AVO — Kurzarbeiterunterstützung ausgeschlossen. Die Höhe der Krümper-Alt ist 50 Prozent der Alt und Krü, die ein Arbeiter erhalten würde, wenn er ganz arbeitslos wäre. Das ist allerdings ein schwerwiegender Fehler des Krümper-Systems.

Was bringt nun dieser Paragraph der Arbeiterschaft für Vorteile oder Nachteile? Die Ansichten darüber sind in Gewerkschaftskreisen sehr verschieden, weil Erfahrungen auf diesem Gebiete bis jetzt fast gänzlich fehlen. Nachteile können m. E. der Arbeiterschaft dadurch entstehen, daß dieser Krümperunterstützung trotz allem Verhätungswillen unmittelbar doch Entlassungen folgen würden. In solchem Falle würde denjenigen Arbeitern, die Krümper-Alt bezogen hätten, die bereits bezogene Unterstützungsdauer voll angerechnet, d. h. die 20 Wochen Bezugszeit würden um diese Dauer gekürzt. Da im übrigen die gleichen Bezugsvoraussetzungen vorliegen wie bei Alt und Krü und auch die Befähigungsprüfungen dementsprechend vorgenommen werden, kann von einem besonderen Nachteil der Krümperarbeiterschaft (schlechthin wohl nicht gesprochen werden. Die Vorteile, die der Arbeiterschaft durch das Krümpern entstehen, wiegen m. E. den sogenannten Schaden — soweit von einem solchen gesprochen werden kann — mehrfach wieder auf, vorausgesetzt, daß keine unmittelbaren Entlassungen folgen, die übrigens gerade durch diese Maßnahmen verhütet werden sollen.

Nehmen wir an, ein Betrieb müßte Kurzarbeit von wöchentlich 2 Tagen je 8 Stunden = 16 Stunden durchführen, dann könnte die aussetzende Arbeiterschaft in vier Wochen wohl ihre Wartezeit zum Erhalt der Kurzarbeiterunterstützung erfüllen, nicht aber kann dieselbe Arbeiterschaft mit diesen wöchentlich zwei ausgefallenen Arbeitstagen auch Kurzarbeiterunterstützung erhalten. Solche kann vielmehr erst mit Aussetzen von wöchentlich mindestens 3 Arbeitstagen bezogen werden. Damit soll gesagt sein, daß Krümper-Alt — weil diese ja ohne Wartezeit gegeben werden kann — in solchem Falle immer günstiger ist für die Arbeiterschaft als Kurzarbeit mit Ausfall von 1 und 2 Arbeitstagen, oder gar Entlassungen. Selbst dann, wenn eine Kurzarbeiterunterstützung bei 3 Ausfalltagen gezahlt wird, beträgt z. B. der Satz in Klasse VI mit Frau und einem Kind nicht mehr als die wöchentliche Krümper-Alt. Daraus ergibt sich die einfache Schlussfolgerung, daß Krümperunterstützung in sehr vielen Fällen der Kurzarbeit vorzuziehen ist, insbesondere dann, wenn Kurzarbeit betriebstechnisch gar nicht oder nur sehr schwer durchführbar ist. Alltags muß darauf geachtet werden, daß die Wechselschichten (Krümperfeuerschichten) in verschiedene Gruppen eingeteilt und dabei die sozialtragbaren Schichten besonders berücksichtigt werden können, z. B. die Zwei- und Mehrverdiener in einer Familie, oder sonstige sozial Bessergestellte im Betriebe. An deren Stelle kann man die Alleinverdiener zunächst verschonen. Es können also auf diese Weise nicht nur Kurzarbeit vermieden und Entlassungen verhindert werden, sondern auch der Arbeitsmarkt und die Fürsorgeämter bleiben durch solche Maßnahmen entlastet.

Der Wille des Gesetzgebers bei Schaffung dieses Paragraphen 89b AVO war jedenfalls der, daß dadurch weitere Entlassungen in den Betrieben verhindert, schon vorhandene Fürsorgeempfänger zum Zwecke einer neuen Inwardwirtschaftserwerbung in den Produktionsprozess eingeführt, die Betriebe möglichst mit ihren gesamten Anlagen ohne Kurzarbeit intensiv ausgenutzt und die Wohlfahrtsämter nicht noch stärker belastet werden. Zwischen diesen wirtschaftlichen Schwierigkeiten ist der § 89b AVO mit ein beachtenswerter Vermittler, der nicht zuletzt zugunsten der Arbeiterschaft angewandt werden kann.

Jh. Strauch (Singen a. S.).

Die wirtschaftlichen Funktionen der Sozialversicherung.

Die Sozialversicherung ist zu einer gesellschaftlichen Einrichtung von großartiger Bedeutung geworden. Ihr jahrzehntelanges Bestehen und die unausgesetzte Inanspruchnahme hat sie zu einem wesentlichen Bestandteil des Lebens der Arbeiterschaft werden lassen. Es ist daher nicht zu verwundern, daß eine solche Einrichtung, die einen großen Teil des Volkseinkommens an sich zieht und wieder verausgabt, im Mittelpunkt der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen steht. Nach dem Kriege ist erfolgreich der Versuch gemacht worden, die Sozialversicherung zu verbreitern und einen immer größeren Personenkreis in sie hineinzuziehen. Die Tätigkeit des Internationalen Arbeitsamts z. B. ist seit 13 Jahren darauf gerichtet, in allen Ländern ein Mindestmaß von sozialer Fürsorge für die Arbeiter und Angestellten durchzuführen. Starke reaktionäre Kräfte sind gegen diese Entwicklung mobilisiert worden. Dennoch wird sich diese Bewegung nicht anhalten lassen, sondern immer mehr durchsetzen, bis der Schutz der Arbeitskraft gegen alle Gefahren gesichert ist. Weil aber die Sozialversicherung und alles, was damit zusammenhängt, gerade jetzt Gegenstand des Kampfes von Interessengruppen geworden ist, hat die Arbeiterschaft alle Ursache, das Erreichte zu erhalten und, wenn möglich, auch weiter auszubauen.

In diesem Kampfe bietet eine Schrift, die unter dem Titel „Die wirtschaftlichen Funktionen der Sozialversicherung“ von der Sozialistischen Vereinigung für Wirtschafts- und Gesellschaftsforschung herausgegeben und bei der Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Berlin erschienen ist, sehr wertvolles und zuverlässiges Material. Eine Reihe bekannter Autoren untersucht das Problem Sozialversicherung von den verschiedensten Gesichtspunkten aus, wobei bedeutende Erkenntnisse gewonnen werden. Die nachstehenden Ausführungen halten sich hauptsächlich an das erste Kapitel dieser Schrift „Sozialversicherung und Arbeitsfähigkeit“, das von Dr. Ludwig Preller bearbeitet wurde.

Arbeitskraft ist ein umfassender Begriff. Sie umschließt eine große Reihe von Fragen und ist das bedeutendste Wirt-

schafsgut eines modernen Industriestaates. Eine dauernde Wiedererneuerung der Arbeitskraft ist notwendig, weshalb ihre Träger, die Hand- und Kopfarbeiter, einen entsprechenden Schutz vor den Gefahren ihrer Tätigkeit erhalten müssen. Die Sorge um die Verwendungsmöglichkeit der Arbeitskraft, deren wirtschaftliche Verwertung dem Arbeitnehmer allein die Existenz verbürgt, liegt stets bei ihm selbst. Darüber hinaus ist der Staat als höchstes gesellschaftliches Organ an der vollen Erhaltung der Arbeitskraft interessiert und muß um ihre beste Verwertung bemüht sein. Kein Staat kann sich dieser unabwendbaren Aufgabe entziehen. Soll dies aber erreicht werden, dann muß die Arbeitskraft in Fällen der Erwerbs- oder Existenzfähigkeitschwächung einen besonderen Schutz erhalten. Dieser Schutz kann nur von einer gesellschaftlichen Organisation ausgehen, und diese Funktion wird eben von der Sozialversicherung ausgeübt.

Am Anfang der Sozialversicherung ging es lediglich darum, die brüchig gewordene Arbeitskraft in irgendeiner Form zu entschädigen. Der Gedanke einer geldlichen Entschädigung wurde geboren aus der vor etwa 50 Jahren herrschenden liberalen Wirtschaftsauffassung. Es war Aufgabe des Trägers der Arbeitskraft, für die Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit selbst Sorge zu tragen. Dazu gesellte sich später der Erlaß durch Sachleistungen, wodurch der Heilungsprozess beschleunigt werden sollte. So entwickelte

Das ist der Faschismus!

„Der Faschismus in Italien hat den Arbeitern ihre eigene Partei und ihre eigenen Zeitungen genommen, er hat dort alle Arbeitergewerkschaften ebenso unterdrückt wie die Betriebsräte, er hat die Arbeiter von der Arbeitsgerichtsbarkeit ausgeschlossen und ihre Konsumgenossenschaften zerstört, er hat die selbständigen Bildungseinrichtungen, die eigenen Sport- und Turnverbände wie alle anderen Einrichtungen der Arbeiterschaft unterdrückt. Mussolini hat jede Koalitions-, Vereins-, Versammlungs- und Meinungsfreiheit — außer für Faschisten — vernichtet.“

Die Arbeiter sind aus der italienischen Kommunalverwaltung hinausgeprügelt worden (sie hatten in 3000 Gemeinden die Mehrheit), in der faschistischen Diktatur gibt es keine parlamentarische Selbstregierung und keine Selbstverwaltung, weder in der Gemeinde noch im Kreis oder in der Provinz, weder bei den Versicherungen noch sonstwo.“

(Aus der Broschüre: „Diktatur“.)

Italien gilt den deutschen Faschisten als Vorbild. So also wollen die Nazis ihr „Drittes Reich“ in Deutschland errichten

sich aus den anteilmäßig wachsenden Sachleistungen der Sozialversicherung eine vollständige Erfassung der Arbeitsfähigkeit durch Versicherungsmassnahmen. Im weiteren Verlauf der Entwicklung wurde erkannt, daß die Schädigungsurachen nicht allein im Einzelmenschen, sondern auch in seiner sozialen Umgebung zu suchen sind. Die Sozialversicherungsträger gingen deshalb dazu über, sich mit der Wohnung, der hygienischen Lebensweise des arbeitsunfähigen Gewordenen zu beschäftigen.

Die Sozialversicherung hat auf die kulturelle Entwicklung der Arbeitnehmerklasse einen großen Einfluß gehabt. Diese und andere Gründe führten zu der Erkenntnis, einen immer größeren Kreis der Arbeiter und Angestellten von der Sozialversicherung betreuen zu lassen. Waren es zuerst nur die Industriearbeiter, so kamen in den meisten Ländern die Landarbeiter, Diensthöfen, Angestellten usw. hinzu. Hinzu trat auch das Bestreben, die Sozialversicherung auf die Familie des Versicherten auszuweiten. Die Arbeitslosenversicherung bildete den Schlüsselfein in der vollständigen Erfassung der Arbeitsfähigkeit durch die Sozialversicherung. In zunehmendem Maße wendete sich die Sozialversicherung vom Gedanken bloßer Entschädigung brüchig gewordener Arbeitskraft immer eindeutiger und wichtiger der Wiederherstellung und Erhaltung vorhandener und der Sicherstellung künftiger Arbeitsfähigkeit zu. Ihr umfassendes Ziel ist schließlich nicht allein Hilfe, sondern Schaffung produktiver Kräfte. „Zum andern erweitert die Sozialversicherung ihr Betätigungsfeld ständig horizontal in Richtung möglichst völliger Erfassung aller in Betracht kommenden gesellschaftlichen Arbeitsfähigkeit und vertikal in Richtung möglichst völliger Erfassung der individuellen Arbeitsfähigkeit vom Kind im Mutterleibe über das erwerbsfähige Alter bis zu den erwerbsfähigen Hinterbliebenen.“ Diese Entwicklung hat im Gesellschaftsleben eines Industriestaates mit ausgeprägter Sozialversicherung einen namhaften Einfluß ausgeübt.

Zweckbestimmung der Sozialversicherung war Mensch und Ökonomie. Es sollten nicht allein brüchig gewordene Arbeitskräfte wiederhergestellt werden, sondern die Gesundheit des ganzen Volkes von Grund auf dem Schutze mächtiger Organisationen anvertraut sein. Wenn es dazu kommen sollte, wußte man auch zur Bekämpfung der Ursachen der Krankheiten, der Unfälle, der Invalidität usw. schreiten. Deshalb mußten die Sozialversicherungsträger den Volksfeinden, wie der Tuberkulose, den Geschlechtskrankheiten, dem Alkoholismus usw., fasskräftig zu Leibe gehen. Dadurch bewältigte man eine Aufgabe, die nicht nur im Interesse der Arbeiter und Angestellten lag, sondern darüber hinaus dem gesamten Volksganzen zugute kam. Eine gesunde und im Kulturstand gehobene Bevölkerung ist nicht nur leistungsfähig bei der Arbeit, sondern hat auch Aussicht auf ein wesentlich längeres Leben. Dies kommt zum Ausdruck in der Erhöhung der

Lebenserwartung. Dafür einige Beispiele: Die durchschnittliche Lebenserwartung der Bevölkerung betrug bei der Geburt im Jahrzehnt 1871—1881 in Deutschland bei den Männern 35,58 Jahre und bei den Frauen 38,45 Jahre, 1924—1926 stieg dieselbe auf 55,97 bzw. 58,82 Jahre. In England betrug die Steigerung der durchschnittlichen Lebenserwartung von 1871—1880 bis 1920—1922 bei den Männern von 41,35 auf 55,62 und bei den Frauen von 44,62 bis 59,58 Jahre. Deutschland und England sind zwei Länder mit einer langjährigen Zwangsversicherung. Das Resultat ihrer Wirksamkeit ist neben anderen Ursachen, wie Arbeitszeitverkürzung und gewerkschaftlicher Kulturarbeit der verschiedensten Art, eine durchschnittliche Lebensverlängerung um 20 Jahre. In Frankreich hingegen hat sich die Lebenserwartung im gleichen Zeitraum nur unwesentlich verändert, weil eine Sozialversicherung dort nicht vorhanden war. Der wirtschaftliche Erfolg dieser Lebensverlängerung geht kapitalmäßig betrachtet, in viele Milliarden. Der Kapitalwert der in Deutschland lebenden Menschen wird auf 900 Milliarden Mark geschätzt bei einem Sachkapital von 300 Milliarden. Es sind also enorme Summen, die der Volkswirtschaft durch die erreichte Verlängerung des Lebens erhalten bleiben.

Somit stellt die Sozialversicherung einen segenspendenden Quell der arbeitenden Bevölkerung und im weiteren Sinne der Volkswirtschaft dar. Dabei sind noch allerhand Nebenwirkungen als Aktivismus in Erscheinung getreten. So ist z. B. dadurch das Solidaritätsgefühl der Arbeiter und Angestellten wesentlich gestärkt worden. Durch die Sozialversicherung wurden Millionen Einzelkräfte miteinander verbunden und in mannigfachen Organisationen zusammengeführt. Dadurch wird den Arbeitern der Wert solidarischen Handelns vor Augen geführt. Einer für alle und alle für einen, das ist der Grundsatz, der hier in großartiger Weise verwirklicht wurde. Erhaltung und Schutz der Sozialversicherung ist nicht nur ein dringendes Gebot, sondern das Kardinalproblem der Zeit. Das haben die Gewerkschaften schon seit langem erkannt, sie haben sich daher mit allen Kräften für die Erhaltung und für den Ausbau der Sozialversicherung eingesetzt. Die Wirkungen der Wirtschaftskrise auf die Arbeiterschaft wären noch um ein Vielfaches schlimmer, gäbe es keine sozialen Versicherungen. Es ist ein volkswirtschaftlicher Unfug sondergleichen, wenn die Sozialversicherung von reaktionären Kräften angegriffen und verschlechtert wird.

Wird die Abrüstungskonferenz zu einer Herausforderung an die Menschheit?

Von der Achtung zur Heiligsprechung des Krieges?

Die am 22. und 23. Mai in Zürich abgehaltene gemeinsame Abrüstungskonferenz des Internationalen Gewerkschaftsbundes und der Sozialistischen Arbeiter-Internationale hatte eine zweifache Aufgabe zu erfüllen. In Berücksichtigung der Tatsache, daß auch bei wirklich vorhandenem Abrüstungswillen sehr viel von der Methode der Abrüstung abhängt, hatte sich die Konferenz mit den technischen Problemen der Rüstungsminderung zu befassen.

Ferner mußte die Konferenz auch zum Ausdruck bringen, wie die großen Massen der Arbeiter und alle kriegsfeindlichen Elemente außerhalb der Arbeiterklasse über den jetzigen Stand der Abrüstungskonferenz oder vielmehr über diesen Skandal einer Abrüstungskonferenz denken. Es mußte unerbittlich und aufs schärfste gesagt werden, daß diese Abrüstungskonferenz im Begriff ist, zum schamlosesten und jämmerlichsten Schauspiel zu werden, das die Regierungen der Öffentlichkeit der Welt je zu bieten wagten. Dieser Feststellung galt vor allem die große Eröffnungsrede des Vorsitzenden des IGB, W. Citrine. Sie ist ein Protestruf all jener, die sich darüber klar sind, daß die bisherigen Genfer Verhandlungen nicht einer Bestätigung der im Kellogg-Pakt von den größten Ländern der Welt feierlich ausgesprochenen Achtung des Krieges, sondern einer Heiligsprechung des Krieges und seiner schlimmsten Greuel gleichkommen!

Citrine führte in seiner großen Rede, die die Verhandlungen einleitete, u. a. aus: „Diese Zusammenkunft von Vertretern der Gewerkschaften und der sozialistischen Bewegung aus den verschiedensten Ländern ist gleichzeitig eine Konferenz und eine Demonstration. Sie gibt uns als Vertretern der international organisierten Arbeiterklasse vor allem die Gelegenheit, festzustellen, daß in den Verhandlungen der Abrüstungskonferenz in Genf eine vollständige Stockung eingetreten ist. Eine zweite Aufgabe dieser Konferenz ist es, noch einmal zu versuchen, das öffentliche Interesse für die ausschlaggebende Frage der Abrüstung zu wecken. Endlich wenden wir uns insbesondere an die Lohnarbeiter aller Länder und fordern sie auf, sich darüber klar zu werden, daß man es bei den Problemen der Abrüstung mit den Grundursachen der allgemeinen Krisis zu tun hat, mit Problemen, die jegliches menschliche Tun ausschlaggebend beeinflussen. Wir sind zusammengekommen, um der Stimme der Arbeiter Ausdruck zu verleihen und erneut festzustellen, daß die Regierungen ihre Länder in Verträgen, Pakten und Abereinkommen verpflichtet haben, auf den Krieg als Instrument der nationalen Politik zu verzichten, daß sie einen Apparat für die friedliche Schlichtung internationaler Konflikte errichtet haben! Die Regierungen mögen ihren Versprechungen nachkommen! Abrüstung ist die logische Folge der Pakte und Verträge, die von fast allen Regierungen der Welt aufgestellt und unterzeichnet worden sind. Diese Pakte und Verträge sind weniger als wertlos, sie sind ein Fallstrick und ein Betrug der Völker der Welt, wenn sie nicht zu einem bestimmten,

entschlossenen Versuch führen, die in ihnen niedergelegten Prinzipien in einem gemeinsamen und bestimmten Schritt in die Tat einer allgemeinen und gleichzeitigen Abrüstung umzusetzen. Ich bin persönlich davon überzeugt und glaube im Namen der Gewerkschaften der Welt zu sprechen, wenn ich sage, daß mit der Abrüstung ein wirklicher Anfang gemacht werden kann, wenn die Unterzeichner des Friedensvertrages die im Friedensvertrag festgelegten Abrüstungsbestimmungen ihrem Wort nach erfüllen.

Die Genfer Abrüstungskonferenz hat jedoch die Hoffnungen, die bei ihrer Eröffnung in sie gesetzt worden sind, bitter enttäuscht, um so mehr, als ein Mann auf ihr den Vorstoß führt, zu dem die Arbeiter aller Länder das größte Vertrauen haben und von dem sie wissen, daß er alles tun wird, um der Konferenz zu einem Erfolg zu verhelfen — unser Genosse Henderson.

Aufreizend muß es wirken, daß die an der Abrüstungskonferenz vertretenen Staaten für die Abschaffung jener Waffen zu sein scheinen, in denen sie besonders schwach und ihre Nachbarn besonders stark sind. Großbritannien zum Beispiel, das an seine Schiffsfahrwege denkt, erklärt sich für die Abschaffung der Unterseeboote, und Frankreich würde mit Rücksicht auf Italien eine Abschaffung der Luftflotten begrüßen. Noch mehr! Jedem Versuch, die Kriegführung zu humanisieren, müssen wir skeptisch gegenüberstehen. Welchen Nutzen werden derartige Bestimmungen haben können, wenn Staaten in einen Konflikt auf Leben und Tod verwickelt sind? Jeder Staat, der in den Krieg zieht, tut dies mit dem Willen, zu siegen, und er weiß, daß über ihn, wenn er siegt, keine Sanktionen verhängt werden können. Nur besiegte Staaten können bestraft werden, wenn sie gegen die Bestimmungen des Kriegrechts verstoßen haben. Und die Niederlage selbst ist eine Strafe, die jeder Staat mit allen Mitteln von sich abzuwenden suchen wird, selbst auf Grund verbotener Methoden.

Die organisierte Arbeiterklasse wird deshalb nicht nur für die qualitative Abrüstung, sondern für die allgemeine Abrüstung kämpfen. Nur die vollständige und allgemeine Abrüstung kann uns vor dem Krieg sichern."

Zahlstellenleiter-Konferenz Gau 2.

Am 28. und 29. Mai waren die Zahlstellenleiter des Gaus in Halle an der Saale zu einer Gaukonferenz versammelt. Die Zahlstellenleiter waren durch 86 Kollegen vertreten. Die beiden Gauleiter Toltski sowie der vom Gau 6 nach Magdeburg versetzte Kollege Lehmann nahmen teil; der Hauptvorstand hatte den Vorsitz, Kollege Thiemig als seinen Vertreter entsand. Die Konferenz tagte im "Volkspark".

Kollege Toltski eröffnete die Konferenz und widmete den verkörbten Verbandsmittgliedern, darunter auch dem Kollegen Blank, einen Nachruf.

Darauf ergänzte Toltski den 52seitigen gedruckten Geschäftsbericht des Gauvorstandes, der allen Delegierten vorlag. Er führte ungefähr folgendes aus: Wir konnten den Lohnabbau nicht ganz verhindern. Die Löhne für die Arbeitnehmer in den von uns vertretenen Industrien sind im Jahre 1931 um durchschnittlich 6 Prozent abgebaut worden.

Die Lohnverhandlungen gestalteten sich äußerst schwierig. Vielfach vertraten die Arbeitgeber den Standpunkt, daß sie überhaupt keinen Tarifvertrag mehr haben wollen. Sie wurden darin zum Teil dadurch bestärkt, weil trotz Bestehen von für allgemeinverbindlich erklärten Tarifverträgen die Arbeiter verschiedentlich um 5 bis 10 Pfennig die Stunde unter dem Tarif arbeiteten. Das Lohnproblem wird durch das Arbeitslosenproblem sehr stark beeinflusst. Wir versuchten deshalb, die Arbeitszeit zu verkürzen und verbanden damit die Forderung, daß dann auch Arbeitskräfte neu in den Betrieben eingestellt werden müßten. Dabei stießen wir auf Widerstand nicht nur bei den Arbeitgebern, sondern auch zum Teil bei unseren Kollegen. Für einen Betrieb gelang es uns, das durchzuführen, wo 60 Arbeiter neu eingestellt wurden.

Für die Papierindustrie hatten wir von September bis Ende des Jahres einen tariflosen Zustand. Während sonst die Kritiker alle Lohnverträge, die von den Gewerkschaften abgeschlossen wurden, als untauglich, als Verrat usw. beschimpften, waren diese Kritiker zu jener Zeit ganz still, obwohl sie doch nun Ellenbogenfreiheit zum Kampf hatten. Sie jagen es vor, sich während dieser Zeit gar nicht bemerkbar zu machen.

Toltski wandte sich dann der Mitgliederbewegung, den Beitrags-, Kassen- und Unterhaltungsleistungen zu. Ferner behandelte er die Jugendfrage und besprach die Agitation, die in neue Bahnen gelenkt werden muß. Als Hilfsmittel für die Agitation empfiehlt er unter anderem die Verbandfilme und die besondere Heranziehung der Mitglieder, die die Verbandsschule in Wennigen besucht haben, zur Hausagitation.

Kollege Thiemig übermittelte die Grüße des Hauptvorstandes. Der Gau Magdeburg, sagte er, war bisher immer ein besonderer Eckpfeiler unseres Verbandes. Das muß er für die Zukunft auch bleiben. Besonders müssen die weiblichen Arbeitskräfte mehr für die Organisation gewonnen werden. Auch als Funktionäre sind sie mehr als bisher mit heranzuziehen. Die Zusammenarbeit der Zahlstellen mit Gauleitung und Gauarbeit muß noch viel intensiver sein als zu Zeiten aufsteigender Konjunktur.

Darauf erstattete Kollege Schoof (Neuhaldensleben) den Bericht über die Beiratsstzung vom 18. und 19. Mai d. J.

Die Ansprache eröffnete Kollege Krause (Witterfeld). Er sprach zu den Lohnbewegungen in der chemischen und Papierindustrie. Ferner behandelte er die Agitationsmöglichkeiten in der chemischen Großindustrie. Michaelis (Eilenburg) sprach über die Änderungen der Unterhaltungen und deren Auswirkungen für den Verband. Die Arbeitsbeschaffung müsse weit energischer als bisher bei den verantwortlichen Stellen gefordert werden. Hille (Stahfurt) forderte, daß die Invalidenunterstützung des Verbandes mehr verjüngungstechnisch aufgebaut werde. Die Agitation kann nicht stabilisiert werden. Den Funktionären müssen wir sagen, daß die Gewerkschaften noch mehr als bisher im Brennpunkt aller Geschehnisse stehen; deshalb muß jede unfruchtbare Kritik jetzt ganz verschwinden. Baffner (Wittenberg): Die Frage der Arbeitszeit ist viel zu spät in Angriff genommen worden. Der fortgeschrittene Teil der Arbeiterklasse muß mehr aktiviert werden. Wir müssen den Arbeitern mehr zum Bewußtsein bringen, daß sie Mitglied einer Gewerkschaft sein müssen. Nicht nur materieller Vorteile wegen darf jemand Mitglied einer Gewerkschaft sein. Die Einführung des Vierstichtensystems für die kontinuierlich arbeitenden Betriebe in der chemischen Großindustrie muß energischer gefördert werden, trotzdem wir dabei Schwierigkeiten bei unseren Kollegen haben werden. Kollege Thiemig betonte, daß wir uns auch in der Agitation an neue Methoden gewöhnen müssen. Wir bedauern, daß die Arbeiterklasse nicht den Wert der Verteidigung der Gewerkschaften zu schätzen weiß. Zu den Beschlüssen des Beirats muß gesagt werden, daß in den Organisationen die Mitglieder mehr Unterhaltungen usw. verlangen, als es die finanzielle

Rüstung des Verbandes erlaubt. Die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit fordern wir schon seit 1918, unsere gewerkschaftliche und politische Macht reicht aber nicht aus, die Forderung durchzusetzen. Zur Schwächung der Kampfkraft hat wesentlich die Zerpfitterung der Arbeiterklasse beigetragen. Nach dem Schlußwort des Kollegen Toltski hielt Kollege Thiemig ein aufschlußreiches, mit lebhaftem Beifall aufgenommenes Referat über „Staat, Parteien und Gewerkschaften in Italien“.

Nahrungsmittel-Industrie

Anfallsschub in der Nahrungsmittelindustrie.

Aus dem Bericht über die Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften der Nahrungsmittelindustrie-Berufsgenossenschaft über das Jahr 1931 ist ersichtlich, daß der NWB. Ende des letzten Jahres 82 909 (76 715)* Betriebe angeschlossen waren. Die Zahl der Versicherten betrug Ende des Jahres 521 660 (516 801), die Zahl der Vollarbeiter 450 861 (462 899). Demnach war die Zahl der Betriebe und auch die Zahl der Beschäftigten Ende 1931 erheblich höher als im vorhergehenden Jahre. Diese Steigerung dürfte kaum darauf zurückzuführen sein, daß die Zahl der Betriebe in der Nahrungsmittelindustrie zugenommen hat. Die Zahl der angeschlossenen Betriebe ist wohl vielmehr darauf zurückzuführen, daß die NWB. die zuständigen Betriebe mit jedem Jahre mehr erfaßt. Die Zahl der Vollarbeiter war Ende 1931 um etwa 11 500 niedriger als im vorhergehenden Jahre, trotzdem die Zahl der Beschäftigten wesentlich höher war. Das beweist, daß auch in der Nahrungsmittelindustrie die Kurzarbeit in großem Umfang durchgeführt ist. Da für jeden Vollarbeiter 300 Arbeitstage im Jahre gerechnet werden, ermäßigt sich die Zahl der Vollarbeiter bei Kurzarbeit.

Im Jahre 1931 gelangten 17 517 (19 741) Unfälle zur Anmeldung. Davon wurden 1224 (1587) Unfälle entschädigt, 45 (80) Unfälle verliefen mit tödlichem Ausgang, 4 (4) hatten dauernd völlige, 133 (155) dauernd teilweife und 1042 (1350) vorübergehende Erwerbsunfähigkeit zur Folge. Es kann also mit Befriedigung festgestellt werden, daß trotz gestiegener Arbeiterzahl sowohl bei den gemeldeten als auch bei den entschädigten Unfällen ein Rückgang zu verzeichnen ist. Ganz erheblich ist namentlich der Rückgang bei den Unfällen mit tödlichem Ausgang. Im Berichtsjahr gelangten 14 gewerbliche Berufskrankheiten zur Anmeldung, 2 davon entstanden durch Bleivergiftung, 8 durch Kohlenoxyd, 1 durch Röntgenstrahlen und 3 durch Infektion. Auf 1000 Versicherte entfallen 33,57 (38,21) gemeldete, 2,35 (3,07) entschädigte und 0,086 (0,15) tödliche Unfälle.

Über die Unfallursachen jagt der Bericht folgendes:

„Geht man den Unfallursachen nach, so wird man gewahr, daß hierfür in der Hauptsache vier verschiedene Vorkommnisse in Frage kommen dürfen, die aber nicht immer einzeln, sondern oft zusammenwirkend gewertet werden müssen. Als Unfallursachen können in erster Linie angeführt werden: das Fehlen der Sicherheit neuer Maschinen und Apparate, mangelhafte Betriebs-einrichtungen, nicht vermeidbare Vorkommnisse und Spielerei oder Leichtsinns bei der Arbeit. Die größte Unfallgefahr ist fraglos in der Nichtbeachtung der Unfallmöglichkeiten beim Bau von Maschinen und Apparaten zu sehen.“

Hier wird den Versicherten nachgesagt, daß sie Unfälle auch durch Spielerei und Leichtsinns herbeiführen. Inwiefern diese Feststellung zutrifft, läßt sich nicht ohne weiteres nachprüfen. Es mag Fälle geben, wo der Unfallgefahr nicht immer das nötige Augenmerk entgegengebracht wird. Spielerei als Unfallursache kann aber nur dort in Frage kommen, wo Jugendliche, also unerfahrene Arbeiter, an gefährlichen Stellen im Betriebe beschäftigt werden, die die Gefahr, in der sie sich befinden, nicht erkennen. Es wird also darauf geachtet werden müssen, daß immer der richtige Mann an die richtige Stelle kommt. An unsere Kolleginnen und Kollegen aber richten wir bei dieser Gelegenheit die dringende Bitte, dem Unfallsschub die nötige Aufmerksamkeit zu schenken. Die Arbeiterschaft darf sich nicht den Vorwurf machen lassen, daß sie die Unfälle durch Leichtsinns oder Nachlässigkeit herbeiführt. An anderer Stelle jagt der Bericht zu diesem Kapitel folgendes:

„Es sollte begreiflich sein, daß ein Maschinenarbeiter, der Tag für Tag dieselben Handgriffe Hunderte von Malen ausführt, schließlich im Zustande körperlicher Abspannung oder Ermüdung eine Unachtsamkeit begeht, die ihn den Verlust einiger Gliedmaßen kosten kann. Man muß endlich damit aufhören, die Ursachen dieser Unfälle gemeinsam in der subjektiven Nachlässigkeit oder dem Leichtsinns des Arbeiters zu sehen, sondern man wird sie der mit der Arbeit verbundenen Gefahr zuschreiben müssen.“

Hier dürfte in der Beurteilung der Unfallgefahr wohl das Richtige getroffen sein. Die zunehmende Maschinisierung der Industrie preßt den Arbeiter derartig in das Maschinensystem ein, daß er der Maschine beim Arbeitstempo folgen muß. Zum Überlegen und zur Beachtung der Unfallgefahr bleibt oft keine Zeit. Oft hört man auch die Auffassung, „ich bin bei meiner Arbeit sicher, mir kann nichts passieren“. Sicherheit bei der Arbeit ist bestimmt nicht zu unterschätzen. Sie darf aber nicht dazu führen, daß man die Unfallgefahr außer acht läßt. Über die Befestigung bzw. Herabminderung der Unfallgefahr jagt der Bericht an einer anderen Stelle:

„Das Ziel der Unfallverhütungstechnik muß dahin gehen, Maschinen und Betriebs-einrichtungen so zu konstruieren, daß durch ihre praktische Verwendung Gefahren für das Leben und die Gesundheit von Menschen nicht auftreten können. Erst wenn solche Gefährdungen unvermeidlich sind und weder durch die Bauart der Einrichtung noch durch die Wahl der Arbeitsweise zu beseitigen sind, ist zu dem Hilfsmittel der Schutzvorrichtungen zu greifen, wobei natürlich die Grenze der anzunehmenden Mittel durch die Wirtschaftlichkeit der Arbeitsweise gegeben ist. Keine Maschine — mag sie noch so leistungsfähig sein — sollte als brauchbar angesehen werden, wenn sie nicht absolut sicher ist.“

Dieser Forderung können wir uns nur anschließen. An die Unfallvertrauensleute der Nahrungsmittelindustrie richten wir die dringende Bitte, beim Ausbau von Schutzmaßnahmen mitzuarbeiten. Wo Schutzvorrichtungen angebracht sind, die ein praktisches Arbeiten erschweren, müssen sie der Maschine angepaßt werden. Darüber können am besten diejenigen urteilen, die an der Maschine arbeiten. Die NWB. fordert seit Jahren ein Maschinenschutzgesetz, das den Erbauer der

* Die in Klammern beigefügten Zahlen sind jeweils die Zahlen des Vorjahres.

Maschine verpflichtet, die Maschine betriebs-sicher herzustellen. Wir können diese Forderung nur unterstützen und müssen verlangen, daß sie endlich erfüllt wird.

In dem Bericht werden dann die Unfälle an bestimmten Betriebsstellen besprochen. Wir greifen einige Beispiele heraus: An Kraftübertragungsanlagen ereigneten sich 170 Unfälle, davon 113 an Zahn- und Kettenrädern. Die große Zahl dieser Unfälle zeigt, daß die Kraftübertragungsstellen zu den gefährlichsten Betriebsstellen mit gehören. 186 Unfälle trafen an Knetmaschinen ein. Auch diese sehr hohe Zahl zeigt die Gefährlichkeit der Knet- und Mengmaschinen. 83 Unfälle wurden gemeldet, die sich an Fleischwölfen, Schneckenmühlern usw. ereigneten. Die Knetmaschine wird vielfach als vollständig gefahrlos angesehen. Aber es wurden 47 Unfälle gemeldet, die sich an Knetmaschinen ereigneten. Seit Bestehen der Berufsgenossenschaft war die Zahl der Unfälle an Knetmaschinen nicht annähernd so hoch wie im Jahre 1931.

Der Gefährlichkeit der Knetmaschine wird in dem Bericht eine längere Betrachtung gewidmet. Insbesondere wird auf die Vergiftungsgefahren durch ausströmende Gase usw. verwiesen. In den weiteren Ausführungen werden dann eine Anzahl Unfälle besonders besprochen, und dabei wird auf die Gefahren verwiesen, die an einzelnen Betriebsstellen besonders groß sind. Auf die Fälle im einzelnen einzugehen, dazu fehlt uns der Raum. Auf die Maßnahmen, die zur Verhütung von Unfällen getroffen wurden, kommen wir in einem zweiten Artikel zurück.

Verschiedene Industrien

Wunsch-Notverordnung.

Im „Spielwarenmarkt“ 1932, Heft 5, wird die Frage aufgeworfen, was im Wege einer Notverordnung geschehen müsse, um Deutschlands Wirtschaft wieder flottzumachen. Diese Frage wird vom Fragesteller beantwortet durch Aufstellung von 10 Thesen mit folgender Einleitung: „Durch Notverordnung müssen aufgehoben werden: 1. Die politischen Zahlungen und Leistungen auf Reparationskonto. 2. Die Politisierung des Arbeitslohnes. 3. Die politisierten Preisvorschriften. 4. Die Überdrehung der Steuerschraube. 5. Der überblähte öffentliche Verwaltungsapparat. 6. Die Beschränkung des Verkehrs mit ausländischen Zahlungsmitteln. 7. Die längere Duldung von Importen, die Deutschlands Wirtschaft schädigen. 8. Die verfehlte Subventionspolitik. 9. Die untragbaren Soziallasten. 10. Der Mißbrauch der Gewerbefreiheit.“

Ein reichhaltiger „zeitgemäßer“ Wunschzettel! Aber nicht erfüllbar, weil zu hemmunglos. So harmlos, wie der Schreiber sich die Verhältnisse in Wirtschaft und Politik vorstellt, sind sie gewiß nicht. In den leitenden Stellen müßten zumindest recht große Skümper sitzen, wenn sie die Möglichkeit, durch den obenerwähnten Wunschzettel die deutsche Wirtschaft in Ordnung zu bringen, nicht ausnützen. Dieser Wunschzettel in die Tat umgesetzt, soweit das überhaupt aus innen- und außenpolitischen sowie finanztechnischen Gesichtspunkten möglich wäre, bedeutete doch weiter nichts als Vorteile einer kleinen Schicht zungunsten der breiten arbeitenden Masse, aber keineswegs Gesundung der deutschen Wirtschaft.

Bedenkt man, daß die zehn Vorschläge aus einer Industrie kommen, die zum allergrößten Teil für die Ausfuhr arbeitet, dann kommt man bei Beurteilung der Vorschläge zu folgendem Resultat: „Naive Wünsche, sonst aber nichts!“ Aber damit kann die zerrüttete deutsche Wirtschaft nicht wieder auf normale Gangart gebracht werden. Es muß schon gesagt werden: „Der Zusammensteller des Wunschzettels sieht sehr eng.“ Er vergißt, daß die Struktur der Wirtschaft auf dem Erdball in den letzten 20 Jahren sich ganz gewaltig verändert hat und damit auch die Politik der einzelnen Länder. Dazu kommt die veränderte Denkweise der Menschen überhaupt. Auf diese Tatsachen kommt es aber gegenwärtig an, will man die Wirtschaftskrise erklären und Wege ans ihr zeigen. Weder für die Spielwarenindustrie noch für die Gesamtwirtschaft zeigt der Wunschzettel einen Ausweg. Im Gegenteil, eine weitere Verschlechterung der Verhältnisse, insbesondere beim Abfaß der Spielwarenindustrieprodukte, müßte sich ergeben, würden diese zehn Forderungen in die Tat umgesetzt.

Von den zehn Punkten greifen wir zwei heraus, um zu zeigen, wie leichtfertig diese Wünsche nach Kinderart zusammengetragen sind. So spricht der zweite Wunsch, wie wir oben gesehen, von der Politisierung des Arbeitslohnes. Zur Begründung dieses Wunsches wird gesagt:

„Alle wirklich einsichtigen führenden Köpfe sind sich darüber klar, daß unsere Wirtschaftskrise schon längst gemildert sein könnte, wenn mit dem starren Festhalten an politisierten Löhnen gebrochen wird. Daß die Weiterführung von Betrieben trotz der Zustimmung der Arbeitnehmerschaft zu gekürzten Löhnen durch den politisch begründeten Einspruch von Gewerkschaften verhindert wird, muß künftig unmöglich sein. Ebenso muß die wirkliche Leistung wieder zu Ehren gebracht werden; denn es geht nicht an, daß der schlechtestarbeitende Mann im Betrieb den gleichen Lohn erhält wie der bestarbeitende.“

So können nur Unternehmer oder deren Vertreter schreiben, die wieder einmal am Ende ihres Lebens sind, weil sie in dem stürmischer als früher fließenden Strom der Wirtschaft noch nicht schwimmen gelernt haben. Sie werden wahrscheinlich auch noch an dieser Ungeschicklichkeit ertrinken müssen. Es ist ein Skandal, daß dieselben Kreise, die die letzten Jahre dazu benutzten, den Lohn durch politische Machtmittel auf einen kaum erträglichen Tiefstand zu bringen, jetzt völlige Freiheit bei der Lohnbildung verlangen. Die heruntergesetzten Löhne scheinen immer noch nicht tief genug zu sein. Die Befestigung des staatlichen Schutzes auf Mindestlöhne bedeutet Freizügigkeit in der Lohnpolitik. Ein Abgleiten der Löhne unter die staatliche Schutzgrenze wäre sicher. Also der Weg zu Glanzlöhnen soll freigemacht werden. Diese sind eigentlich teilweise in der Spielwarenindustrie schon vorhanden, aber wahrcheinlich genügt es den Unternehmern so noch nicht. Die Gewerkschaften sollen aus den Betrieben ausgeschaltet werden. Dieser Wunsch ist nicht neu. Er wird alt bleiben. Dafür werden die Arbeiter sorgen. Der Hinweis, daß der schlechtestarbeitende Mann im Betriebe den gleichen Lohn erhalten soll wie der bestarbeitende, ist Demagogie oder falldecker Auffassung. Noch nie ist der Tarifgedanke so ausgelegt worden, daß die Lohnsätze im Tarif als Höchstlöhne zu

betrachten seien. Sie waren immer nur als Mindestlöhne gedacht. Es ist den Unternehmern unbenommen, den geschickteren Arbeiter mit Extra-Zulagen zu bedenken. Der Unternehmer, der davon keinen Gebrauch macht, schädigt sich und den geschickteren Arbeiter.

Die Auffassungen im „Spielwarenmarkt“ lassen erkennen, daß die Auffassung des Schreibers immer noch die ist, daß niedrige Löhne den Absatz fördern. Da die Spielwarenindustrie zum größten Teil eine Exportindustrie ist, heißt das also auch die Ausfuhr fördern. Die Praxis zeigt uns aber, daß diese Auffassung nur noch historischen Wert hat. Urgroßväterallüren bei der Exportförderung sind heute nicht mehr anwendbar, eben weil sich die Struktur der Abnehmerländer im Gegensatz zur Vorkriegszeit geändert hat (Schutzzölle), ja ändern mußte durch Gründung eigener Industrien. Blicke nun der Inlandsmarkt. Aber da sieht es doch so aus: Wenn die Konjunktur des größten Teiles des deutschen Volkes durch Gläuberslöhne so geschwächt ist, daß der Lohn nicht ausreicht zur Ernährung, dann kann doch nicht erwartet werden, daß von dieser Bevölkerungsschicht noch Spielwaren gekauft werden. Durch die Politik, wie im „Spielwarenmarkt“ gewünscht, ist der Ruin nach beiden Seiten zu erwarten. Weder die Eroberung des Weltmarktes noch die Pflege des Inlandsmarktes kann mit niedrigen Löhnen vorgenommen werden. Der Eroberung des Weltmarktes mit niedrigen Löhnen begegnen die Industriestaaten mit Schutzzöllen oder Kontingentierungen. Auf den Inlandsmarkt haben niedrige Löhne die unheilvollste Wirkung, sie erschlagen ihn vollkommen. Das Rezept, zum ungebundenen und damit niedrigen Lohn zu kommen, muß deshalb als unverwendbar in den Papierkorb wandern.

Im Wunsch 9 wird von untragbaren Soziallasten gesprochen. Die Begründung ist wie folgt:

„Mit Ausnahme der Verwaltungsböden dürfte sich wohl die gesamte Arbeitgeber- und Arbeitnehmerschaft darüber einig sein, daß ein Abbau der übertriebenen Soziallasten, die namentlich auf dem Gebiete der Krankenversicherung zu den tatsächlichen Leistungen in gar keinem Verhältnis mehr stehen, dringend notwendig ist.“

Dieser Ton gegen die Sozialversicherung, ange schlagen von ihren Feinden, ist durchaus nicht neu. Das Wollen der „Vereinigten Deutschen Arbeitgeberverbände“, die Auslassungen der Herren Dr. Schacht, Horneffer und anderer sind uns noch gut in Erinnerung. Uns dünkt nur, daß es Menschen, die noch nie Rot kennengelernt, schlecht ansteht, gegen den Not-, Krankheits- und Alterschutz der Arbeiterklasse zu hehen. Eine Pflicht der Menschlichkeit erfüllen diese Kreise und Personen damit gewiß nicht. Nein, das ist Klassenkampf, der dem Klassenhaß der Unternehmer entspringen ist! Arbeiter, merkt auf! Gebt acht! Die wirtschaftlich Stärkeren, die Unternehmer und ihre bezahlten Böden, versuchen die Schutzgesetze der Arbeiter zu sabotieren oder zu beseitigen.

H. Elflein.

Frauenfragen.

Wirtschaftskrise, Eheschließungen und Geburtenzahl.

Die Heiratshäufigkeit im Deutschen Reich wird durch die Wirtschaftskrise entschieden beeinflusst. Im Jahre 1931 wurden insgesamt 515 411 Ehen geschlossen, das sind rund 47 200 weniger als im Jahre 1930, 73 000 weniger als im Durchschnitt von 1928/29 und rund 94 000 weniger, als nach der Zahl der im Heiratsalter stehenden Männer zu erwarten war. Ein schließlich des Jahres 1930 beläuft sich der durch die gegenwärtige Wirtschaftskrise verursachte Ausfall an Eheschließungen bis jetzt auf insgesamt 134 000. Im ganzen dürfte die Zahl der Haushaltsneugründungen sich gegenwärtig um über 200 000 im Rückstand befinden. Dementsprechend ist auch die Geburtenhäufigkeit ständig gesunken. Im Jahresdurchschnitt 1931 erreichte die auf 1000 der Gesamtbevölkerung berechnete Lebendgeborenenzahl nur noch 16,0 gegenüber 17,5 im Jahre 1930, 17,9 im Jahre 1929 und 26,9 im Jahre 1913. Die allgemeine Fruchtbarkeitszahl bei den gebärfähigen Mädchen und Frauen betrug 1931 (1913 = 100) 53. Auch die Geburtenhäufigkeit wird durch die Lebenslage in der Krise sehr beeinflusst. Mit dem Ergebnis von 1931 dürfte Deutschland die niedrigste Geburtenzahl der Welt erreicht haben.

Arbeiterchutz und Arbeiterversicherung.

Die Krankenhauspflege in der Familienhilfe.

Neben den verschiedenen Verschlechterungen auf dem Gebiete der Sozialversicherung haben die Notverordnungen der letzten Zeit auch eine Verschärfung insoweit gebracht, als die Familienhilfe, die früher eine Mehrleistung der Krankenversicherung war, zur Regelleistung erhoben worden ist. Sämtliche Krankenkassen sind demnach verpflichtet, dieselbe zu gewähren. Im Rahmen derselben steht den Angehörigen der Versicherten freie ärztliche Behandlung im gleichen Umfang wie den Versicherten selbst auf die Dauer von 13 Wochen zu. Ebenso haben die Angehörigen für die gleiche Dauer Anspruch auf Erstattung der Hälfte von den Kosten für Arznei und kleinere Heilmittel. Neben diesen Pflichtleistungen konnte die Krankenkasse die Familienhilfe durch Mehrleistungen erweitern bzw. ergänzen. Der § 205 der Reichsversicherungsordnung bestimmt u. a. folgendes:

„Die Segnung kann ferner Krankenhauspflege für Familienangehörige oder ihre Stelle eines Zuschusses hierfür zubilligen.“ Die 1. Verordnung vom 8. Dezember 1931 hat nun grundsätzlich die Mehrleistungen in der Krankenversicherung abgeschafft. In der Praxis erhoben sich bald Zweifel darüber, ob die Krankenhauspflege in der Familienhilfe als Mehrleistung anzusehen ist und damit auch nicht mehr gewährt werden dürfte. Diese Zweifel veranlaßte der Reichsversicherungsamt in einem Erlaß über „Das neue Recht in der Krankenversicherung“ vom 22. September 1931 zu klären. Es heißt da:

„Für die Angehörigen von Versicherten ist die Krankenhauspflege eine Mehrleistung. Geht die Krankenhauspflege auf Kosten der Angehörigen, so hat danach die Kasse für die ärztliche Behandlung, für die Arznei und kleinere Heilmittel in der Gewährung des § 205 RVO, also bis zur halben Höhe, aufzukommen. Nur die Übernahme zu vereinfachen, wird die Übernahme eines Zuschusses des Pflegegeldes zweckmäßig sein. Ähnliches wird bei der Unterbringung von Kindern in Kinderheimen gelten.“ Am 21. Februar 1932 hat das Reichsversicherungsamt einen weiteren Bescheid über Krankenhauspflege für Familienangehörige veröffentlicht. In diesem Bescheid heißt es, daß eine entsprechende Bestimmung, die Krankenhauspflege für Angehörige vorzuziehen, nach dem Inkrafttreten der 1. Notverordnung unzulässig ist.

Gleichzeitig wird auf den oben angegebenen Erlaß hingewiesen, nach welchem die Krankenkasse verpflichtet ist, im Falle der Unterbringung eines Angehörigen im Krankenhaus die entstehenden Arztkosten und einen Teil der Kosten für Arznei und Heilmittel zu übernehmen. Der Bescheid vertritt weiter die Rechtsauffassung, daß die in § 205 vorgegebene Zubilligung eines Zuschusses zu den Kosten der Krankenhauspflege ebenfalls eine Mehrleistung darstellt, da dieser Zuschuß an die Stelle der Krankenhauspflege kommt. Die Gewährung eines solchen Zuschusses ist demnach auch abzulehnen. Schließlich hat sich noch das Reichsversicherungsamt mit dieser Frage beschäftigt und am 20. Februar 1932 folgende Entscheidung gefällt:

„Die als Familienhilfe gewährte Krankenhauspflege oder der statt ihrer zugewilligte Zuschuß zu den Kosten der Krankenhauspflege ist eine Mehrleistung. Der Zuschuß zu den Kosten der Krankenhauspflege als Familienhilfeleistung soll mindestens so hoch sein, daß die Kosten einer kassenärztlichen Behandlung sowie die Kosten für Arznei und kleine Heilmittel, soweit die Kasse zu deren Kostenübernahme verpflichtet ist, gedeckt werden.“

Aus all diesen Ausführungen ist die Rechtslage klar ersichtlich. Die Krankenhauspflege für Angehörige der Versicherten fällt unter den Begriff der Mehrleistung. Die Krankenkassen sind demnach weder verpflichtet noch berechtigt, Kosten hierfür zu übernehmen. Die Kassen müssen jedoch, falls ein Angehöriger im Krankenhaus untergebracht wird, mindestens die Kosten für ärztliche Behandlung und die Hälfte der Kosten für Arznei und kleinere Heilmittel tragen. Dies kann in Form eines baren Zuschusses geschehen, falls die Kasse diese Leistungen nicht in natura gewährt. Übernimmt die Kasse diese Kosten durch Gewährung eines Zuschusses, so muß dieser so bemessen sein, daß er einerseits für den Versicherten eine wirtschaftlich ins Gewicht fallende Entlastung darstellt, andererseits aber nicht den vollen Betrag der dem Versicherten durch die Krankenhauspflege insgesamt verursachten Kosten erreicht. Diese sind vielmehr zu einem nicht unwesentlichen Teil vom Versicherten oder seinen Angehörigen selbst zu tragen. Dem Vorstand der Kasse bleibt es nach pflichtmäßigem Ermessen überlassen, im Einzelfalle nach Maßgabe der Satzungsbestimmungen die Höhe und die Dauer dieses Zuschusses festzusetzen. Kl.-S.

Das ist der Faschismus!

„Jeder Versuch einer selbständigen politischen Regung wird in Italien von einem „Spezialgericht“ bestraft, das aus einem Offizier des Heeres und vier Offizieren der faschistischen Parteilgarde besteht; es hat bereits tausende Jahre Zuchthaus für die geringfügigsten politischen Äußerung verhängt.“

(Aus der Broschüre: „Diktator“.)

Diese faschistische „Rechtssprechung wollen die deutschen Faschisten auch bei uns einführen!

Berichte aus den Zahlstellen.

Dresden. Die Funktionäre der Zahlstelle Dresden zur Beitragsführung. In drei gut besuchten Versammlungen in Dresden, Freital und Coswig erstattete Kollege Graf ausführlichen Bericht über die Sitzung des Verbandsbeirats. In allen Versammlungen, in denen auch zahlreiche Invaliden erschienen waren, wurde den Ausführungen des Referenten größte Aufmerksamkeit entgegengebracht. Nachstehende Entschließung wurde in allen drei Versammlungen angenommen:

„Die gesamten Funktionärinnen und Funktionäre der Zahlstelle Dresden nahmen in drei Versammlungen, und zwar am 21. Mai 1932 im Dresdner „Volkshaus“, am 27. Mai 1932 im „Sächsischen Wolf“ in Freital, am 28. Mai 1932 im „Wettiner Hof“ in Coswig, den Bericht über die Verbandsbeiratsitzung, die am 18. und 19. Mai in Hannover gefaßt hat, durch den Kollegen Graf entgegen.“

Sie erkennen die Schwere der gegenwärtigen Gesamtlage, in der sich unsere wie auch alle anderen Organisationen befinden, an und wissen auch zu würdigen, daß außerordentliche Zeitverhältnisse außerordentliche Maßnahmen bedingen.

Sie begründen es deshalb, daß durch Gehaltsabbau, Abbau der Diäten und andere Einsparungen aller Art, auch in Form von Personalabbau, die Angestellten der Organisation Opfer zu tragen bereit sind, um der Gesamtorganisation über diese schwierige Zeit hinwegzuhelfen.

Sie erkennen weiter an, daß die Regelung des Hamburger Verbandsrats i. d. Gewährung der Invalidenunterstützung von falschen Voraussetzungen ausging, daß der Verbandsrat in München 1931 dieser Aufgabe nicht Rechnung trug und daß deshalb der Verbandsbeirat zu tief eingreifenden Maßnahmen gezwungen war, um die Invalidenunterstützung den Mitgliedern für die Zukunft zu erhalten.

Sie bedauern, daß alle Unterstützungsleistungen der Organisation abgebaut werden müssen, verkennen aber durchaus nicht, daß auch diese Maßnahme notwendig ist.

Die Funktionäre bedauern aber auch, daß der Beirat es unterließ, die beiden Zeitungen zu einem einheitslichen Organ zu verschmelzen.

Die versammelten Funktionärinnen und Funktionäre geloben, alle Kräfte anzuspannen, um die Organisation über diese schwere Zeit hinwegzubringen und weiter auszubauen, damit diese dringenden Notmaßnahmen, die der Verbandsbeirat beschließen mußte, möglichst bald wieder beseitigt werden können, wenn normale Verhältnisse Platz greifen.“

Worms. Die schlechte wirtschaftliche Lage in unserem Wirtschaftsgebiet in Verbindung mit den notwendigen Agitationsmaßnahmen veranlassen die Ortsverwaltung, eine Sitzung der Vertrauensleute der Zahlstelle zum 29. Mai ins Fabrikarbeiterheim nach Worms einzuberufen. Kollege A m a d o r i konnte neben zahlreichem Beiratsmitgliedern B r a u n (Frankfurt) die vollständig erschienenen Vertrauensleute begrüßen. Den ausführlichen Bericht über die Beiratsitzung erstattete Kollege B r a u n. Über die durchgeführten Agitationsarbeiten und die noch zu treffenden Maßnahmen berichtete der Geschäftsführer der Zahlstelle, Kollege B e h r. Wenn auch Worms neben Offenbach mit der Zahl der Erwerbslosen an erster Stelle steht und in dem Zahlstellengebiet nur noch ein kleiner Betrieb vollbetriebl. so haben wir doch die Aufgabe, durch erhöhte Agitation die Mitgliedschaft zu erhalten und darüber hinaus bestrebt zu sein, weitere Reihen zu stärken. Die Veröffentlichungen in den Verbandsorganen über erfolgreiche Agitationsarbeit anderer Zahlstellen, und die Erfolge in unserem eigenen Zahlstellengebiet müssen uns anspornen, weiter vorzugehen. Neben erhöhter Vertrauensstellenarbeit muß wie bisher systematische Hausagitation betrieben werden. Dabei brauchen wir unsere Erfolge auch in der Wirtschaftskrise nicht unter den Scheffel zu stellen. Wir müssen die Mitglieder darüber aufklären, wie es um ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie um die Sozialversicherung aussehe würde, wenn

es heute keine Gewerkschaften gäbe. Zur erfolgreichen Werbearbeit gehört allerdings, daß sich alle Vertrauensleute in den Dienst der Agitation stellen und mehr als bisher diese Werbung von Mund zu Mund zu erfolgen hat. Nur durch einiges und geschlossenes Zusammenarbeiten werden wir auch in unserer Zahlstelle die solidarisches Pflichten erfüllen können, die Grundsaß der Gewerkschaften sind. In der regen Ausprache wurde in sachlicher Weise Kritik an den Beschlüssen des Verbandsbeirats geübt, wobei die Notwendigkeit der ergriffenen Maßnahmen durch nachfolgende Entschließung einstimmig anerkannt wurde: „Die verammelten Vertrauensleute der Zahlstelle Worms erkennen die Notwendigkeit der Beschlüsse des Verbandsbeirats an. Darüber hinaus verpflichten sich die Vertrauensleute, an den Agitationsarbeiten für die Organisation tatkräftig mitzuwirken. Die Vertrauensleute wissen sich einig in dem Gedanken, daß in der heutigen wirtschaftlich schweren Zeit alles getan werden muß, um die Opfer der Wirtschaftskrise nicht noch mehr zu belasten.“ U. B e h r.

Verbandsnachrichten.

Bewerbungen für die 86. bis 88. Bildungskurse für unsere Mitglieder.

Im Schulheim in Wennigsen finden auf Beschluß des Vorstandes weitere, drei Wochen dauernde, Kurse statt, und zwar vom Sonntag, 25. September, bis Sonnabend, 15. Oktober, vom Sonntag, 23. Oktober, bis Sonnabend, 12. November, vom Sonntag, 20. November, bis Sonnabend, 10. Dezember.

In jedem dieser Kurse werden folgende Vortragsthemen behandelt:

Verwaltung und Kassenwesen, Betriebsrätegesetz und Arbeitsrecht, Arbeitsvertrag nach Gewerbeordnung und Bürgerlichem Gesetzbuch, Arbeitsgerichtsgefesetz und Zivilprozessordnung, Geschichte und Theorie der Gewerkschaften, Einführung in die Volkswirtschaft und Sozialversicherung.

Kolleginnen und Kollegen mit dem festen Willen und der ernsten Absicht, das in Wennigsen Gelernte praktisch zu verwenden und durch Selbststudien zu ergänzen, werden aufgefordert, selbstgeschriebene Bewerbungen bis zum 10. Juli bei den zuständigen Zahlstellenverwaltungen einzureichen.

Die Bewerbung muß enthalten:

- 1. eine Abhandlung über den Lebenslauf, aus dem das Lebensalter und die genaue Adresse zu ersehen ist;
2. Angaben über die Dauer der Mitgliedschaft im Fabrikarbeiter-Verband und evtl. frühere Mitgliedschaften, über die Tätigkeit im Verband und in der Arbeiterbewegung sowie über die gegenwärtigen Funktionen;
3. ferner sind Angaben über die Teilnahme an Abendkursen oder sonstigen Bildungsveranstaltungen zu machen. Falls der Bewerber bisher an solchen Bildungsveranstaltungen nicht teilgenommen hat, sind die Ursachen der Nichtteilnahme kurz anzugeben.

Wer an einem vom Hauptvorstand abgehaltenen Kursus im Schulheim schon einmal teilgenommen hat, kann vorerst noch nicht wieder zugelassen werden. Wir bitten deshalb diese Kolleginnen und Kollegen, eine Bewerbung nicht einzureichen.

Jeder Bewerber hat anzugeben, welcher Zeitpunkt für seine Kursteilnahme in Frage kommt. Wenn möglich, ist auch ein zweiter Vorschlag zu machen, damit, wenn dem ersten Vorschlag wegen Überfüllung des Kursus nicht entsprochen werden kann, eine anderweitige Zuteilung erfolgen kann.

Die Kursteilnehmer erhalten:

- 1. die Verheirateten 70 Prozent, die Ledigen 30 Prozent ihres Arbeitsverdienstes;
2. Fahrgehalt 3. Klasse vom Wohnort nach Hannover und zurück sowie 7 Mk. für einen ganzen, 3 Mk. für einen halben Reisetag;
3. freies Unterkommen und freie Verpflegung im Schulheim sowie ein tägliches Taschengeld von 1,20 Mk.

Die Berechnung der Entschädigung erfolgt auf Grund der letzten vier Lohnzettel und des Verbandsbeitrages.

Die Zahlstellenverwaltungen haben die Bewerbungen zu prüfen und mit einem Gutachten an die Gauleitung bis zum 30. Juli 1932 weiterzugeben.

Die Gauleitungen müssen die Bewerbungen mit einem Ergänzungsgutachten entsprechend dem Formularbogen an den Hauptvorstand bis zum 13. August 1932 senden.

Die früheren Bewerber, die bis jetzt nicht berücksichtigt worden sind, müssen eine neue Bewerbung bei ihrer Zahlstelle einreichen.

Der Hauptvorstand.

Verlorene Mitgliedsbücher.

Aus der Zahlstelle Waldshut wurden uns die Mitgliedsbücher der Kollegen Theodor Herz, Buch-Nr. 1 107 358, Karl Zehle, Buch-Nr. II 714 756, und Fritz Brennecke, Buch-Nr. 1 107 448, als verloren gemeldet. Sollten diese Bücher vorgezeigt werden, so ist nach den bekannten Vorschriften zu handeln.

Die Zahlstelle

Köln i. Niedl.

gibt an durchreisende Kollegen keine Lokalgeschenke mehr.

Literarisches.

Albert Klaus: „Die Hungernden“. Roman 205 Seiten. Ganzleinen. Buchausstattung von Jan Eißelbold. Verlag: Der Bücherkreis, G. m. b. H., Berlin SW 61, 1932. Preis 4,30 Mk. Die viele Tragödien spielen sich täglich unter dem Schatten der Arbeitslosigkeit ab. Die Fruchtbarkeit dieser Tragödien kann aber als der wahrheitsliebendste Schriftsteller der Zeit, der dieses ganze Schicksal aus eigener Erfahrung kennt. Arbeiter Albert Klaus hat es drei Jahre lang durchlitten. Hier schreibt einer aus der namenlosen Masse der sechs Millionen Hungernden für seine leidenden Brüder und Kameraden den ersten echten Arbeiterroman. Ein Arbeiter mit krummem Magen verliert leicht die läbliche Überzeugung. Er sieht nicht immer, daß die Beamten der Arbeitsämter auch nur aus fühlender Organe sind, gebunden an Gesetze und Vorschriften und an einen hart bemessenen Etat. Die wahrhaft Schuldigen sind die heutigen Gesellschaftsordnung und unser heutiges Wirtschaftssystem. Gegen sie richten sich Anklage und Aufruf des Romans, der ein erschütterndes Bekenntnis aus unserer Zeit darstellt, dessen Zweck ist, alle uns zu wissen in dem Gedanken: so darf es nicht weitergehen!“

Schriften der Sozialistischen Vereinigung für Wirtschafts- und Gesellschaftskritik. Heft 1.-... Die wirtschaftlichen Funktionen der Sozialversicherung. 131 Seiten. Berlin 1932. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes u. a. H. Berlin S 14, Infelstraße 6. Ladenpreis 3,60 Mk., Organisationspreis 2,80 Mk. In diesem Buche wird zum erstenmal ein sozialistischer Entwurf der Sozialversicherung gegeben, die Wirkungen der Sozialversicherung auf den Ablauf des Wirtschaftsprozesses wissenschaftlich zu erforschen. Unter der Redaktion von Dr. Hilde Oppenheimer und der Mitarbeit von Dr. Ludwig Pfeiffer, Dr. Bruno Croeder, Dr. Adalbert Kallaß, Dr. Jakob Marjoch, Fritz Rappholtz, Dr. Fritz Croeder und Dr. Ernst Kelling ist eine wertvolle Gemeinschaftsarbeit geleistet worden. Die Untersuchung befaßt sich mit den Beziehungen der Sozialversicherung zur Arbeitslosigkeit, zum Arbeitsmarkt, zur Verbandsorganisation, zur Kapitalbildung, zu den Produktionskosten. Dabei gelangen eine Reihe von wirtschaftlichen Problemen zur Erörterung. Die Sozialistische Vereinigung für Wirtschafts- und Gesellschaftskritik hat sich mit dieser ihrer ersten Veröffentlichung ein Verdienst um die Sozialwissenschaft erworben.

Chemische Industrie

Der Streit um die Kunstseidearbeiter in Holland zugunsten des Fabrikarbeiterverbandes entschieden.

In Holland bestreiten die Textilarbeiter ebenso wie bei uns in Deutschland den Fabrikarbeitern das Recht, die Arbeiter der Kunstseideindustrie zu organisieren. Der Streit wurde dem holländischen Gewerkschaftsbund zur Entscheidung unterbreitet. Dieser setzte Anfang 1931 eine Kommission ein, die verschiedene Kunstseidefabriken in Holland und Deutschland besichtigte und zum Vergleich auch Textilbetriebe besuchte. Nach eingehender Prüfung erstattete die Kommission dem Gewerkschaftsbund ein einstimmig angenommenes Gutachten, wonach die Kunstseideindustrie voll und ganz ohne irgendwelche Einschränkungen dem Fabrikarbeiterverband zugewiesen werden sollte.

Der Beirat des Gewerkschaftsbundes nahm dieses Gutachten mit überzogener Mehrheit an. Trotzdem gab der Textilarbeiterverband seinen Anspruch nicht auf, weshalb der Vorstand des Gewerkschaftsbundes ein Schiedsgericht zur endgültigen Regelung des Streitfalles einsetzte. Das Schiedsgericht hat beide Verbände gehört, die von ihnen eingereichten Unterlagen eingehend geprüft und fünf holländische, deutsche und belgische Kunstseidefabriken besichtigt. Am 8. April 1932 hat das Schiedsgericht seine umfangreichen Untersuchungen beendet und einstimmig den Schiedsspruch gefällt, daß

- für die Organisation der Arbeiter bzw. Arbeiterinnen in der Kunstseideindustrie ausschließlich der Niederländische Fabrikarbeiterverband zuständig ist;
- daher der Allgemeine Niederländische Textilarbeiterverband keine Arbeiter bzw. Arbeiterinnen in dieser Industrie als Mitglieder zulassen darf;
- letzgenannter Verband verpflichtet ist, vor dem 1. Januar 1933 seine Mitglieder, die zu den Arbeitern bzw. Arbeiterinnen in der Kunstseideindustrie gehören, auf den Niederländischen Fabrikarbeiterverband überzuschreiben;
- diese Entscheidung den Parteien, dem Vorstandsrat des Niederländischen Gewerkschaftsbundes und der Schriftleitung von „De Strijd“ („Der Streit“) zugesandt werden soll.

Aus den Entscheidungsgründen des Schiedsgerichts heben wir besonders hervor, daß der Textilarbeiterverband die Auffassung vertritt, daß der Produktionsvorgang in der Kunstseideindustrie, vom Spinnen angefangen, reine Textilarbeit ist, während der Fabrikarbeiterverband geltend macht, daß der Produktionsvorgang ein einziger ununterbrochener chemischer Prozeß ist. Beide Parteien sind darin einig, daß es unrichtig und praktisch undurchführbar ist, die in der Kunstseideindustrie tätigen Arbeiter und Arbeiterinnen in zwei Gruppen zu spalten und dementsprechend in zwei Verbänden zu organisieren.

Das Schiedsgericht stellt dann fest, daß die Produktionsvorgänge in der Kunstseideindustrie eine Nachahmung des natürlichen Spinnprozesses sind, so wie die Seidenraupe ihren Faden spinn. Die Fadenspinnerei in der Textilindustrie ist damit nicht zu vergleichen. Soweit Zwirnmaschinen und Haspeln in der Kunstseideindustrie Verwendung finden, dienen sie nur dazu, den Faden zur chemischen Fertigmachung fähig zu machen. Diese Arbeitsweise ist aber schon weitgehend verdrängt und wird aus technischen Gründen ganz eingestellt, wodurch neben der Zwirnerei und Hasperei auch die Sortiererei ausgeschaltet wird. Das wird erreicht, indem der sogenannte Spinnkuchen mechanisch-chemisch bis zum Endprodukt, also dem fertigen Faden, verarbeitet wird. Diese Entwicklung geht zwangsläufig, wie aus der Besichtigung der Künftnerwerke in Pirma hervorgeht, denn dort ist unter Beibehaltung derselben Produktion und Verbesserung der Qualität die Anzahl der Arbeiter in den letzten Jahren um zwei Drittel verringert worden, so daß aus Konkurrenzrücksichten diese neue Arbeitsweise überall eingeführt werden muß.

Außerdem wird hervorgehoben, daß die Besitzer der Kunstseidefabriken auch in Europa ihre Produktion immer mehr in gewaltigen Konzernen unterbringen, die überwiegend die chemische Industrie beherrschen. Es steht auch historisch fest, daß die Kunstseideindustrie ihr Ansehen den Chemikern zu verdanken hat. Es mußte deshalb die Frage bejaht werden, daß die Kunstseideindustrie chemische Industrie ist.

Diese Entscheidung des holländischen Schiedsgerichts deckt sich vollständig mit unserer Auffassung. Im Interesse einer einheitlichen Organisation der Kunstseidearbeiter muß auch in Deutschland diese Frage ebenso entschieden werden.

G. Haupt

Explosion in den Höchster Farbwerken.

Am 30. Mai explodierte in einem Laboratorium der Essigsäurefabrik des Werkes Höchst am Main ein Kessel, in dem sich eine chemische Substanz zerlegt hatte. Ein Chemiker und ein Laborant erlitten dabei schwere Brandwunden. Der Laborant erlag seinen Wunden kurz nach der Einlieferung in das Krankenhaus. Für den Chemiker besteht keine Lebensgefahr.

Dieser Unfall zeigt wiederum, von welchen schweren Gefahren für Leben und Gesundheit die in der chemischen Industrie tätigen Arbeiter und Angestellten tagtäglich bedroht sind. Wir werden auf diesen Unglücksfall noch zurückkommen.

G. Haupt

Papier-Industrie

Lohnangleichung in der mitteldeutschen Papiererzeugungsindustrie.

Während die sächsischen Unternehmer, unter Berufung auf die niederen Lohnsätze in Mitteldeutschland und Schlesien, einen vierten Lohnabbau — unter der Bezeichnung „Lohnangleichung“ — brutal forderten und von den staatlichen Schlichtungsinstanzen auch zugestanden erhielten, versuchen jetzt die mitteldeutschen Unternehmer das Ziel auf etwas schlaurem Wege zu erreichen. Das Vorgehen erinnert an die bekannte Melodie des Volksliedes: „Fuchs, du hast die Gans gestohlen...“

Der von den mitteldeutschen Unternehmern gewählte Weg geht, ohne Kündigung der Lohn tafel, über den gekündigten Bezirksrahmenvertrag.

Lohnabbau durch Berufsgruppenveränderung.

Der vom Arbeitgeberverband den Gewerkschaften überreichte Entwurf zu einem neuen Lohngruppenvertrag (Rahmenvertrag) sieht zunächst recht harmlos aus. Bei näherer Untersuchung ergibt jedoch bereits die vorgeschlagene Berufsgruppenänderung in ihrer prozentualen Spanne einen erheblichen Lohnabbau:

Bisherige Fassung Berufsgruppe	Arbeitgebervorschlag Berufsgruppe	Lohnabbau in Prozent
A. 130 Prozent	125 Prozent	5
B. 127 Prozent	120 Prozent	7
C. 119 Prozent	115 Prozent	4
D. 117 Prozent	112 Prozent	5
E. 116 Prozent	110 Prozent	6
F. 109 Prozent	105 Prozent	4
G. 105 Prozent	Wochenlohn	—
H. Wochenlohn	100 Prozent	—
I. 100 Prozent	—	—
Arbeiterinnen 70 Prozent	65 Prozent	5

In der Lohngruppe I waren bisher „Arbeiter, deren Arbeit keine besonderen körperlichen und geistigen Fähigkeiten erfordert, z. B. Hofarbeiter“. Die Gruppe I, die mit dem niedrigsten Lohn bisher gleich 100 stand, soll in Wegfall kommen.

Da nur sehr wenige Arbeiter dieser Berufsgruppe angehört, bedeutet der Wegfall dieser Gruppe und die Eingliederung dieser Arbeiter in die Gruppe H für die Arbeitgeber kein besonderes Opfer.

Durch eine geschickte Täuschung versucht der Arbeitgeberverband aber mit einer der größten Gruppen ein Geschäftchen zu machen. Die Geschirrführer, für die Wochenlöhne vereinbart sind, wurden von Gruppe H in Gruppe G verschoben. Das sieht zunächst einer Besserstellung ähnlich, ist es aber durch die Wochenlöhne nicht. Dafür aber schiebt der Arbeitgeberverband die große Gruppe der zweiten Papiermaschinenhilfen, Sölländearbeiter usw. von der Gruppe G in die Gruppe H und erreicht dadurch einen Lohnabbau von 5 Prozent.

Die Packen an Packpressen, die Bogenschneider und die Riesbeschneider waren bisher in Gruppe E untergebracht, sie sollen jetzt nach Gruppe H. Das bedeutet für diese Arbeitskräfte einen Lohnabbau von fünfzehn Prozent.

Der bisherige Vertrag kannte als Arbeiter der Gruppe B den Begriff „Elektromonteur“. Dieser Begriff soll ersetzt werden durch „1. Elektriker“. Daraus ergibt sich, daß in Betrieben mit mehreren Elektromonteuren nur einer davon den Handwerkerlohn erhalten soll, während die übrigen durch die Betriebsleitung „nach Anhörung der gesetzlichen Betriebsvertretung“ nach einer niederen Gruppe entlohnt werden können.

Bisher unterschied man zwischen „staatlich geprüften Lokomotivführern an Feuerlokomotiven“ und „Lokomotivführern an feuerlosen Lokomotiven“. Die ersteren wurden als gelernte Handwerker, die letzteren als angelernte Handwerker entlohnt. Nach dem Arbeitgebervorschlag sollen als gelernte Handwerker nur noch entlohnt werden „für den öffentlichen Verkehrsdienst geprüfte Vollspur-Lokomotivführer“, dagegen sollen als angelernte Handwerker nur noch „angeprüfte Vollspur-Lokomotivführer“ entlohnt werden. Daraus ergibt sich, daß die Lokomotivführer an Schmalspurbahnen willkürlich entlohnt werden, das heißt, man geruht dieses dem Arbeiterrat mitzuteilen, denn mehr bedeutet „Anhören“ ja nicht.

Branchenabschlüsse.

Der bisherige Tarif ließ für Handpappfabriken, ausgenommen solche, die Spezialpappen herstellen, und für Handelsholzschleifereien Abschläge von 0,5 bis 2 Pf. für Arbeiter und 0,5 bis 1 Pf. die Stunde für Arbeiterinnen zu. In Zukunft sollen für diese Arbeiter Lohnabschlüsse von fünf Prozent des Stundenlohnes gelten. Das bedeutet z. B. in der Ortsklasse III für erwachsene Arbeiter einen Lohnabschlag von 2,5 Pf. und für erwachsene Arbeiterinnen von 1,5 Pf., also einen weiteren Lohnabbau von 0,5 Pf. die Stunde.

Bisher hatten auch Schrenzpapierfabriken, die „anschließliche Schrenzpapier“ herstellten, dieselben Abschläge. Darauf scheint der Arbeitgeberverband in Zukunft verzichten zu wollen.

Unterzeit.

Bisher hatten die Arbeiter Anspruch auf den Lohn der Gruppe, in der sie länger als einen Tag beschäftigt wurden. Dagegen soll in Zukunft eine sogenannte Unterzeit eingeführt werden, die für qualifizierte Arbeiten 12 Wochen beträgt. Diese Arbeiter sollen nach Gruppe G und, soweit sie bisher höher entlohnt wurden, nach der höheren bisherigen Gruppe entlohnt werden.

Gelernte Hofarbeiter?

Geradezu toll ist die Forderung, daß Arbeiter, die bisher in der Papiererzeugungsindustrie nicht beschäftigt waren, bei ihrer Neueinstellung acht Wochen lang einen um 10 Prozent

niederen Tariflohn erhalten sollen. Jeder Siebstift weiß, daß in der Papiererzeugungsindustrie Arbeiter von der Straße weg als Facharbeiter nicht beschäftigt werden können. Also bedeutet diese Forderung einen ungehörigen Lohnruck auf ungelernete Arbeitskräfte.

Pflicht zur Vertretungsarbeit.

Bisher bestand keine Pflicht zur Leistung von Aushilfs- und Vertretungsarbeit mit Ausnahme der Fälle bei Urlaub und Krankheit nach § 8 G.W. Wurde der Arbeiter aber vorübergehend in einer niederen Lohngruppe beschäftigt, so behielt er seinen bisherigen Gruppenlohn. Erfolgte die vorübergehende Beschäftigung in einer höheren Lohngruppe länger als einen Tag, so erhielt der Aushilfs- oder Vertretungsarbeiter diesen höheren Lohn.

In Zukunft sollen diese Aushilfs- und Vertretungsarbeiter, wenn diese Tätigkeit länger als zwei Wochen anhält, nach der niederen oder höheren Lohngruppe entlohnt werden.

Löhne der Geschirrführer.

Für Geschirrführer „mit mindestens 48stündiger Wochenarbeitszeit“ sollen nach dem Arbeitgebervorschlag Wochenlöhne vereinbart werden. Will in diesen Fällen der Arbeitgeberverband auch bei Kurzarbeit die ungekürzte Bezahlung des Wochenlohnes garantieren?

Lohnraub an den Geschirrführern.

Trotzdem der Arbeitgeberverband 48stündige Wochenarbeitszeit bei in Wochenlohn stehenden Geschirrführern vorschreibt, scheut er sich nicht, vorzuschlagen, daß „das Füttern außerhalb der Arbeitszeit ohne besondere Vergütung zu erfolgen“ hat. Das ist ein Raub der Mehrarbeitsstunden und der Überstunden- und Sonn- und Feiertagszuschläge für diese Arbeitergruppe. Bisher waren die Geschirrführer nur zur Fütterung außerhalb der Arbeitszeit verpflichtet, wobei bei fünf Doppelgeschirren ein besonderer Füttermann zu stellen war. Dieser Füttermann soll in Zukunft gleichfalls abgebaut werden.

Zuständigkeit der Arbeitsgerichte.

Der Arbeitgeberverband macht in seinem Vorschlag von dem § 48 A.G.B. Gebrauch und verlangt, daß das Arbeitsgericht und das Landesarbeitsgericht in Jena für alle Streitfälle der ersten und zweiten Instanz innerhalb des mitteldeutschen Tarifbezirks zuständig sein sollen. Wir nehmen an, daß dieser Vorschlag nur deshalb erfolgte, weil der soziale Ruf der Jenaer Arbeitsgerichtsinstanzen weit über Thüringen hinausgedrungen ist. In diesem Vorschlag liegt aber eine Erschwerung der Inanspruchnahme der Arbeitsgerichtsinstanzen, besonders für unorganisierte Arbeitnehmer. Wie wäre es denn, wenn der Mitteldeutsche Arbeitgeberverband vielleicht mit Hilfe der Nationalsozialistischen Partei beim Reichstag einen Antrag stellen oder bei der Reichsregierung den Erlaß einer Novellierung beantragen würde, daß auch das Reichsarbeitsgericht eine Abteilung nach Jena verlegt, und daß als Vorsitzender dieser Abteilung nebenamtlich Herr Dr. Breyer (Jena) bestimmt wird? Eine glänzendere Lösung im Interesse seines Arbeitgeberverbandes wäre wohl kaum noch denkbar.

Wir werden das Gefühl nicht los, daß Herr Dr. Breyer durch seine Abbauvorschläge den Zusammenbruch seines Arbeitgeberverbandes verhindern will. Das wird ihm nicht gelingen. Die sozial erträglich eingestellten Unternehmer haben die Fahne der sozialen Reaktion in Jena längst verlassen, und andere Unternehmer folgen. Soweit wir unterrichtet sind, ist ein anderer Arbeitgeberverband bereits im Entstehen, so daß allen Ernstes auch die Frage vom Arbeitnehmerstandpunkte aufgeworfen werden muß, ob Dr. Breyer und seine Verbandsmitglieder überhaupt noch die Gewähr für einen über ganz Mitteldeutschland sich erstreckenden Tarifvertrag bieten.

Für die mitteldeutschen Papierarbeiter aber muß die Parole lauten: Vollständiger Zusammenschluß im Fabrikarbeiter-Verband zum Kampf gegen Unternehmerwillkür und Reaktion!

G. Stähler.

Betrügerischer Bankrott.

Die englische Combined Pulp and Paper Mills Ltd. setzte sich vor einigen Jahren in den Besitz der Kösliner Papierfabrik und erwarb dann die Aktienmehrheit des Schöllerkonzerns und der Alfred-Gronauer Papierfabriken, in deren Händen sich auch die Pergamentpapierfabrik Rube u. Ko., AG., in Weende bei Göttingen befand.

Die Combined setzte in ihre Jahresbilanz für 1928 einen Gewinn von rund 200 000 £fr. oder von damals rund 2 Millionen Mark ein, die angeblich in Köslin herausgewirtschaftet wurden. In Wirklichkeit war das rund 600 000 £fr. oder rund 12 Millionen Mark betragende englische Aktienkapital bereits nicht mehr vorhanden.

Durch Bilanzfälschungen für die Alfred-Gronauer Papierfabriken und die Rube u. Ko., AG., wurde ein geringer Nutzen aus diesen Betrieben herausgerechnet, um die deutschen Steuerbehörden — wie sich der Londoner Rechtsanwalt Herrn Collins und der Bankier A. M. Oppenheimer geschmackvoll ausdrückten — zu täuschen, also um die Steuern zu betragen.

Am 4. Mai hatte sich das englische Handelsgericht mit dem Zusammenbruch der Gesellschaft zu beschäftigen. Dabei wurden A. M. Oppenheimer, W. B. Townley, A. Goldsmith gemeinschaftlich zur Zahlung von 94 200 £fr., E. Spier und W. Philipp zur Zahlung von 267 000 £fr. und der Wirtschaftsprüfer Ch. Froude von 24 400 £fr. verurteilt. Lediglich der Angeklagte S. Penjon wurde freigesprochen.

Jahresdurchschnittsverdienste der Arbeiter in der Papiererzeugungsindustrie in Kanada und Deutschland.

Jahr	Kanada		Deutschland		In Kanada höher als in Deutschland in Prozent
	in Dollar	in RM.	in RM.	in RM.	
1929	1495	6279	2108	198	
1930	1378	5788	2171	166	

Die Durchschnittsjahresverdienste sanken von 1929 bis 1930 in Kanada um rund 8 Prozent, dagegen stiegen in Deutschland die Jahresverdienste um rund 3 Prozent.

Die Berechnung der Jahresdurchschnittslöhne erfolgte für Kanada durch Dividierung der Beschäftigtenzahl mit der Jahreslohnsumme und für Deutschland durch Teilung der Zahl der Beschäftigten in die Lohnsumme auf Grund der Angaben der Papiermacher-Berufsgenossenschaft.

Unterhaltung, Wissen und Bildung

Anilin

23. Fortsetzung.

Auf dem Versammlungsplatz geistelten mehrere Redner die feige Lüge und verlangten energische Maßnahmen von der Regierung. Dreitausend Arbeiterhände streckten sich drohend zum Himmel, als der letzte Redner aufforderte, Republik und Freiheit zu verteidigen.

Die Arbeiter gingen weiter in die Fabriken. Und weiter erklang das Feldgeschrei in der kapitalistischen Presse: „Nur Arbeit kann uns retten!“ Die Rentabilität der Wirtschaft erforderte die Anspannung aller Arbeitskräfte. Wer seine Kraft aus irgendeinem Grunde nicht mehr anspannen konnte, den begann die kapitalistische Wirtschaft wie einen Fremdkörper abzustoßen.

Auch Direktor Heroff hatte seine Fabrik wieder in der Hand. Die Akkordarbeit wurde wieder eingeführt, Überstunden mußten gemacht werden. In die Arbeiterstadt wurde ein Keil getrieben. Eine große Anzahl wurde zu Vorarbeitern und Aufsehern befördert. Diese dankten sich dann mehr als die anderen, befähigten sich nur noch im Interesse der Firma. Wer seine Arbeit nicht mehr voll leisten konnte, war für die Fabrik nur Abfallprodukt, dessen sie sich entledigte.

Sebastian Reubels Tochter war an der Schwindsucht gestorben. Er selbst war schon wochenlang arbeitsunfähig. Die Hungerjahre und die Säuredünste hatten ihn vollends zermürbt. Er hustete fortwährend, sah bleich und mager aus. Bei nebligem Wetter bekam er Asthmaanfalle. Seine Atmungsorgane waren verbrannt.

Jetzt hatte er eine Zustellung von der Betriebskrankenkasse erhalten mit der Aufforderung, sich beim Vertrauensarzt zu melden. Mit dem Schein kam er zu Peter Gögler und suchte Rat und Hilfe. „Ich weiß nicht, was die wollen“, sagte er kühlend, „das muß doch jeder sehen, daß ich krank bin.“ Ein Hustenanfall schüttelte seinen Körper. „Peter, da drin“, er deutete auf die Brust, „da drin ist etwas zerbrochen“, meinte er, als der Anfall vorüber war.

„Ja, Bastian“, erwiderte Peter, „da ist wenig zu machen. Am besten ist, du gehst hin. Schreibst du dich gesund, probierst du es noch mal. Geht es nicht, dann meldest du dich wieder krank. Was nicht geht, geht nicht.“

Als marschierte Bastian zum Vertrauensarzt. Vertrauensärztliche Untersuchungen sind immer eine heikle Sache. Manchmal geht es nicht bloß um krank oder gesund. Nein, gar oft geht es um Leben und Familie des Patienten, um Arbeitsplatz, Verdienst und Brot.

Zu bezweifeln ist, ob ein solcher Spezialuntersuchungsarzt Vertrauensarzt genannt werden kann. Entweder hat er das Vertrauen der Patienten, das heißt, er nimmt es genau mit seiner Diagnose, dann wird er nur selten durch ein „Gesundschreiben“ dem Kassenarzt vorgezogen. In diesem Falle wird er kaum das Vertrauen der Krankenkasse besitzen. Oder er ist eine Kd-Maschine, wie solche Ärzte im Kriege genannt wurden, dann schreibt er seine Patienten gesund, ohne Rücksicht auf den Krankheitszustand, dann besteht er aber das Vertrauen der Krankenkasse.

Das hat immerhin den Vorteil, daß er in der Regel mit sechs Mark je Untersuchung bezahlt wird. Niemand kann zwei Herren dienen. Man dient eben dem am liebsten, dessen Dienst am besten entlohnt wird.

Bastian stand vor dem von der Kasse bezeichneten Arzt. Dieser, ein kleiner, unerfahrener Mann, nahm ihm das Formular der Kasse ab, notierte Bastians Namen und marmelte kurz: „Ausziehen!“

Unterdessen fragte er, was ihm fehle, wie lange er schon krank sei, horchte einmal die Brust ab, beklagte mehrmals den Rücken, einkündigte sich nach dem Appetit. Worauf Bastian grinsend erwiderte: „Oh, Appetit hält ich schon, wenn ich nur immer etwas Richtiges kriegte.“

„Es ist gut. Sie können sich anziehen. Trinken Sie keinen Alkohol, lassen Sie das Schnapsen, Mann. Ihre Frau soll Ihnen kräftiges Essen kochen.“ Mit diesen Worten buglierte ihn der Herr Doktor wieder zum Untersuchungsraum hinaus.

Bastian wußte nun über seinen Krankheitszustand sowenig wie vorher. Und wie ihm seine Stühle kräftiges Essen kochen sollte mit dem bisherigen Krankengeld, das war ihm ebenfalls ein Rätsel. Außerdem ging sie ja Tag und Nacht paßen.

Dafür erhielt er am folgenden Tage eine Aufforderung, sich wieder zur Arbeit zu melden. Der Betriebsführer im Raum R H 2 konnte ihn aber nicht mehr gebrauchen und schickte ihn auf den Hof. Der Hof war für Kranke und alte Arbeiter in der Fabrik die letzte Station.

Bastian kehrte, lud Schutt und Schlacken auf und schaffte sonstige Arbeiten. Beim Salzlasten bekam er immer Hustenanfälle. Sein Kollege, der Jörg, schimpfte dann: „Melde dich krank, wenn du nicht mehr kannst!“

Dieser Jörg, ein großer, breitschultriger Mann mit einem vergrämelten roten Vollbart, mußte in seiner Jugend ein Kräftemensch gewesen sein. Über dreißig Jahre Fabrikarbeit hatten jedoch seinen mächtigen Rücken gekrümmt, seine Gelenke steif gemacht. Im Winterurlaub holte er sich die Anilinkrankheit. Jeden Morgen, bevor er in die Fabrik ging, paßte er erst sein Schnapschen herunter. Abends, ehe er den Heimweg antrat, knurrte er wieder eins, manchmal zwei, drei und mehr. Er knurrte, das war seine Bezeichnung für Trinken, den Fußel so gerne, daß er sich nach dem Kriege eine ganze Wüste voll kaufen wollte, um sich darin zu baden. Bei der Arbeit hing ihm beständig ein helles Tröpfchen an seiner rötlichen Nase. Argerte ihn seine Schanzel oder sonst ein Gegenstand, schlenkerte er sie zornig weit von sich und stuchte dazu: „Wann de Geföhl häst, müßt dich der Schlag tähen, wann de Geföhl häst!“ Wann holte er sie wieder beruhigt zurück.

„Hast schon Jubiläum gehabt, Bastian?“ fragte er diesen beim Schlackenladen.

Bastian hustete erst, dann erwiderte er: „Nein, dieses Jahr.“

„So! Ha, dann paßen wir hoffentlich einen zusammen“, schaltete der Jörg.

„Wann's Geld langt, Jörg“, kicherte Bastian.

Bastian, das wird die langen, niemals. Ich hab schon vierunddreißig Jahre auf dem Buckel. Das ist ein langer Zeit. Und in diesem harten Zeit hat's no net einmal gelangt zum richtigem Sackgeld und -trinken.“

„Was Arbeit hat mer, weiter nichts, von diesem dummem Lebe“, antwortete Bastian.

„Dreißig und vier Jahre in dieser verdammten Dreckschande, und jetzt langt's erst recht net mehr.“ Der Jörg wurde böse. „Wann de Geföhl häst“, er bockte die Fäuste gegen den großen Kamin in der Küche, „müßt dich der Schlag tähen, wann de Geföhl häst!“

Zwei Millionen erhielt Bastian von der Fabrik als Jubiläumsgeld. Dazu noch ein Diplom und eine gute Taschenuhr. Seine Kollegen vom R H 2-Kaum hatten ihm außerdem einen Siegespaß geschenkt.

„Das hätte net gedacht, Bastian, daß du nochmal Millionär wirst“, sagte Karschert, als er ihm im Namen der Kollegen gratulierte.

„Wann's Dollars wär'n, wär's besser“, meinte Bastian voller Freude.

Damit hatte er die Sehnsucht jedes Deutschen ausgedrückt. Die deutsche Mark hatte längst aufgehört, als Zahlungsmittel zu gelten. Der Dollar beherrschte das Feld. Nach ihm richteten sich die Mark, die Preise und alles, bloß die Löhne nicht immer. Karschert fragte die Leute: Wie hoch steht der Dollar? Hundertmal ging diese Frage losüber durch die Fabrik. Wie hoch steht der Dollar? Damit legten sich die Leute ebenfalls zur Ruhe, um selbst im Schlafe

Roman von Fritz Molnar

unruhig vom Stande des Dollars zu träumen. In Friedenszeiten galt ein Dollar 4,20 deutsche Mark. Nach dem Kriege notierten die Börsen jezt, dann hundert, zehntausend, fünfzig-, hunderttausend. Am Jubiläumstage Bastians stand er auf fünfhunderttausend. Bastian hatte also sechzehn Goldmark als Jubiläumsgabe von der Fabrik erhalten.

Mit den zwei Millionen Mark wollte Frau Reubel am nächsten Tage Westwärts einkaufen, doch sie erhielt dafür nur einen arbeitslosen Kaffanüberzug. Der Dollar stand auf zwei Millionen. So war es mit allen Gebrauchsgütern. Nicht mehr zu erschwingen waren die Sachen. Bis die Arbeiter ihren Lohn erhielten, waren die Preise ums Doppelte gestiegen.

„An allem sind bloß die Arbeiter schuld“, schrieb jetzt die bürgerliche Presse. Die wollen immer mehr Lohn, wollen gut leben und wenig arbeiten. In jedem Metzger- und Bäckerladen konnte man das wieder hören. Die Löhne müßten einmal stehen bleiben, dann würden auch die Preise nicht mehr steigen. Wieder zehn und zwölf Stunden müßte gearbeitet werden, dann wäre alles wieder in Butter. Ein von allen möglichen Generalanzeigern geschmiertes bürgerliches Hirn vermochte einfach nicht einzusehen, daß es gerade umgekehrt war. Nämlich, daß die Preise zuerst dem Stande des Dollars folgten und die Löhne hintennach hinkamen.

Je weiter diese Enteignung des Volkes fortschritt, desto wüster, geschäftiger hekte die kapitalistische Presse gegen die Arbeiterschaft. Alle ihre Einrichtungen, ihre Organisationen, ihre Führer, die Demokratie und die republikanische Staatsform wurden geschmäht, verhöhnt und verächtlich gemacht. Mit allen Fingern zeigten besonders die Generalanzeiger auf die Führer der Arbeiter auf wichtigen Posten. Sehr, sehr, schrieben sie in dicken Schlagzeilen, was sie fertig bringen. In Grund und Boden regieren sie Staat und Wirtschaft. Wie könnten denn auch ehemalige Sattler- und sonstige Gesellen einen Staat führen. Alles Unheil, die Inflation, der verloren Krieg, kurz alles wurde ihnen in die Schuhe geschoben. Diese geist- und verstandlosen Leiharbeiter sprachen den Arbeiterführern jede geistige und moralische Führerqualität ab. Für gutes und wertbeständiges Geld natürlich.

In solchem Jargon kleckten die kapitalistischen Presseagenten ganze Seiten voll. Damit verdeckten sie geschickt den Volksbetrug, das Verbrechen, das hinter den Kulissen von ihren Auftraggebern eingeleitet worden war. Besonders die kleinen Provinzblätter der Spießer und Bierischpolitiker gebärdeten sich ganz rabiat. Sie bezogen ja ihre geistige Kraft von den kapitalistischen Presseagenturen und Nachrichtenbüros. Immer lauter ertönte der Ruf nach dem Diktator, der mit dieser sozialistischen Nährwirtschaft aufräumen sollte.

Solche Hege gegen alles, was die Arbeiter aus dem Zusammenbruch gerettet hatten, wirkte natürlich wie Kaffengift auf die Menschen. Die politische Atmosphäre war bis zum Zerreißen gespannt. Revolvergeschosse knallten erneut durchs Land. Das Bürgerturn spie wie im Kanonen Gift und Galle gegen die Arbeiter. Minderwertige oder ehrgeizige Menschen versuchten sich zu Diktatoren emporzuschwingen. Die politische und wirtschaftliche Reaktion triumphierte. In den Straßen floß Arbeiterblut.

Die Erregung wirkte bis tief in die Reihen der Arbeiterschaft hinein. Der Streit um die Marschrichtung war zum offenen Kampf entbrannt, hatte die politische Organisation in zwei große Heerlager gespalten.

„Wohl war der Arm der Arbeiter noch stark und gefürchtet. „Alle Köder stehen still, wenn dein starker Arm es will.“ Mit einem Ruck hatten sie diese Parole in die Tat umgesetzt, als aus dem Sumpfe der Inflation ein Diktator sich erheben wollte. In knapp zwei Tagen war der Putsch und damit die Reaktion niedergeschlagen. Und was sie mit Hilfe ihrer Einigkeit, Geschlossenheit und Solidarität für einen Eindruck auf das Bürgerturn machen konnten, das bewiesen sie, als sie wegen der Ermordung Rathenaus noch einmal marschierten.

Beide Male hatte auch in der Fabrik das Signal die Arbeiter nicht zu Beginn oder Ende der fäglichen Frau gerufen, sondern zum Protest auf die Straße gegen die Reaktion. Und sie waren marschiert, einig und geschlossen. Nicht ihre Schuld war es, wenn sie umsonst marschierten.

Die Kraft der Arbeiter wurde den Kapitalisten nur gezeigt, aber nicht zum Kampf eingesetzt. Sie verpuffte, weil sofort nach den Aufmärschen der Kampf um die Marschrichtung wieder einsetzte.

Nach und nach setzte sich der Spaltspitz auch in den Gewerkschaften fest. Gerade zu einer Zeit, in der sie die volle Macht des kapitalistischen Angriffs auszuhalten hatten. Lohnbewegung auf Lohnbewegung mußte geführt werden. Die Unternehmer hatten den gegenwärtigen, finanziell geschwächten Gewerkschaften eine feste, stahlharte Front entgegengestellt: die Arbeitgeberverbände. Während die Kassen der Gewerkschaften unter der Papierflut der Inflationsmark fast erstickten, klirrten die Kassen der Unternehmer von Schweizer Franken, Dollars und Devisen.

Um jede noch so wertvolle Papiermark wurde gefeilscht und gehandelt. Tag und Nacht kamen die Gewerkschaftsführer nicht aus den Verhandlungszimmern. Wenn sie dann nach einer mit den gewissen Sympathie der Arbeitgeber durchkämpften Nacht das Ergebnis ihrer jamren Arbeit ihren Belegschaften bekanntgaben, geschah es gar nicht, daß ihnen sehr liebe Kosenamen, wie Bremser, Vertreter, Sonje, Kapitalknecht, entgegengeflendet wurden.

Peter Gögler betrieb in der Fabrik eine Vertrauensmännerung ein, in der Bericht über die letzten Lohnverhandlungen erstattet werden sollte. Innerhalb fünf Wochen war es das dritte-mal, daß über dieses Thema gesprochen werden mußte. Peter führte den Vorsitz. „Ich eröffne die heutige Vertrauensmännerung, in der Bericht über die letzten Lohnverhandlungen gegeben werden soll. Hierzu erlaube ich dem Kollegen Hohlreub das Wort.“ Peter meißelte die parlamentarischen Verhandlungsformen wie kein zweiter.

Hohlreub, der Gewerkschaftssekretär, der bei den Lohnverhandlungen zugegen gewesen war, schilderte die Auseinandersetzungen mit den Arbeitgebern, und wie die Vertreter der Arbeiter sich alle Mühe gegeben hätten, den Unternehmern die schwere Lage der Arbeiterschaft klarzulegen. „Wir haben ihnen mit einwandfreiem statistischem Material über die Löhne in anderen Industrien nachgewiesen“, sagte er, „daß die Löhne in der chemischen Industrie zu den niedrigsten gehören. Wir haben ihnen zu verstehen gegeben, daß wir vor der letzten Konsequenz nicht zurückweichen, und als alles nichts mehr half, haben wir ihnen gedroht, den Laufel an die Wand gemalt, den Dolch auf die Brust gesetzt, aber sie blieben halsstarrig. Sie wissen eben, daß wir finanziell nicht gestiftet sind. Wir haben wohl Soldaten, aber kein Geld für den Kampf. Wir müßten deshalb eine andere Taktik einschlagen, denn von der höchsten Taktik hängt oft der Erfolg oder Mißerfolg ab. Wir hätten auch zum Streik aufrufen können. Bis dieser aber zu einem Erfolge geführt hätte, wären neue Verhandlungen nötig gewesen, wenn der Streik nicht schon vorher wegen Mangels an Unterhaltungsmittele zusammengebrochen wäre. Kollegen! Wir haben unter solch schwierigen Verhältnissen herausgeholt, was herauszuholen war. Das Resultat ist, daß sich jeder Stundenlohn auf fünf Millionen Mark erhöht. Wir wissen, daß das nur ein Tropfen auf einen heißen Stein ist; wir wissen, daß der Dollar weiter steigen wird und neue Verhandlungen notwendig werden. Deshalb, Kollegen, stärkt die Organisation, steht zu eurem Verband, damit wir für kommende Verhandlungen besser gerüstet sind!“

Diese Schwelgetropfen perlten auf der Stirn des Redners, als er gerendigt hatte.

Peter erhob sich. „Ich stelle die Ausführungen des Kollegen Hohlreub zur Diskussion. Wer wünscht das Wort?“

Eine ganze Anzahl meldete sich.

„Der Kollege Rehdorn hat das Wort“, erklärte Peter.

Dieser stellte sich in Positur. „Kollegen! Ihr habt die Ausführungen des Kollegen Hohlreub gehört. Ich muß sagen: das Ergebnis ist sehr mager. Aber kann es denn fester sein? Diese Sonjen wollen ja nicht kämpfen. Immer bloß verhandeln und sich von den Chemiekönigen einleiten lassen. Vor lauter Taktik kommen sie aus der Taktik nicht mehr heraus. Fünf Millionen Mark die Stunde! Das ist eine Schande, wo der Dollar schon auf fünfhundert Millionen steht. Das ergibt, in Friedensmark umgerechnet, einen Stundenlohn von vier Pfennig. Und mit diesem Schandlohn wagen diese Bremser auf zehn Tage abzuschließen. Man meint grad, sie stecken mit dem Kapital unter einer Decke. Das ist Kuhhandelspolitik. Kollegen! Wir müssen den Chemiekönigen die Zähne zeigen! Kämpfen müssen wir! Nur durch den Generalstreik können wir unsere Lage noch verbessern. Wir müssen die revolutionäre Einheitsfront schaffen und durch eine neue Revolution den kapitalistischen Laden zerbrechen.“

Rehdorn redete sich immer weiter vom Thema fort. Er suchte mit den Armen, schrie sich ganz heißer.

So machte er es immer. Wenn jeder—so revolutionär und klassenbewußt wäre wie er, sagte er von sich selbst, gäbe es keine Kapitalisten mehr. Dabei hatte er sein Klassenbewußtsein auch erst am 9. November 1918 entdeckt. Vorher wußte er nichts davon. Dafür war er jetzt um so revolutionärer. Er hatte so ungefähr dasselbe Temperament wie Stephan Purzell. Peter hatte seine Last mit ihm. Er ließ sich einfach nichts erklären, vermochte die wirtschaftlichen Ursachen und Wirkungen in der kapitalistischen Warenproduktion nicht zu erkennen und zu verstehen. Nach seiner Ansicht brauchten die Arbeiter nur in den Generalstreik zu treten, die politische Macht zu übernehmen, die Kapitalisten zu enteignen, und alles fiel wäre behoben. Auf solche unmögliche Art und Weise dachte sich sein primitiver, von keiner Sachkenntnis getriebener Verstand die Umstellung der kapitalistischen Profitwirtschaft in sozialistische Gemeinwirtschaft. Bei allen Gelegenheiten revolutionierte er, führte das Wort Generalstreik im Munde. Peter mußte ihn gar oft auf die einfachsten geistlichen Vorschriften aufmerksam machen. Rehdorn wußte, daß Peter weit mehr Kenntnisse hatte und mehr Vertrauen bei der Arbeiterschaft genoß als er; deshalb trug er seine politischen Gegenätze gegen ihn persönlich aus. Mit der Zeit wurden die beiden sich spinnfeind.

Peter mußte Rehdorn zur Ordnung rufen, weil er den Gewerkschaftskollegen einen Kapitalknecht genannt hatte. Die Diskussion wogte noch lange hin und her. Peter trat Rehdorn entgegen, nahm Hohlreub in Schutz. „Die Methoden, mit denen du gegen die Gewerkschaften, statt gegen die Arbeitgeber antrennst“, sagte er zu ihm, „sind weder revolutionär noch vorteilhaft für die Belegschaft. Sie sind einfach aus der Beschränktheit deines geistigen Horizonts zu erklären. Die Unternehmer haben den Profit davon. Solche Kampfesweise offenbart ihnen doch nur die Uneinigkeit und Zerissenheit unter den Arbeitern. Wer so arbeitet, spaltet die gewerkschaftliche Organisation. Das ist einfach verbrecherisch gehandelt. Nicht mit einem Wort hast du uns gesagt, wie es besser gemacht werden kann, weil du ebenfalls weißt, daß gar keine andere Möglichkeit besteht, als mit den Arbeitgebern zu verhandeln. Selbstverständlich befriedigt uns das Ergebnis nicht. Wie kann es denn auch besser sein, Kollege Rehdorn, wenn große Teile der Proleten ihre Verbandsbücher in die Ecke schmeißen und sich waffenlos machen gegen die Willkür der Unternehmer? Erfolg oder Mißerfolg einer Lohnbewegung werden in Zukunft mehr denn je von der Stärke und Schlagkraft der gewerkschaftlichen Organisation abhängen. Stärkt deshalb den Verband, statt ihn durch Mißtrauen gegen die Führer und revolutionäre Parolenschufferei zu zerschlagen!“

Ebenso trat der Vertrauensmann Mannhart gegen die Auffassungen Rehdorns auf. „Ich bin der Auffassung“, erklärte er, „daß wir das Resultat annehmen tun. Freilich, wenn wir dem Kollegen Rehdorn folgen täten, wären wir morgen auf der Straße. Die Arbeitgeber tun nur darauf warten, bis die Gewerkschaften solche Dummbheiten machen tun, wie sie Rehdorn vorschlagen tut. Kollegen! Ich sage es ganz offen heraus, die Kollegen sind selbst schuld, daß wir so im Elend stecken. Die wollen keine Beiträge mehr zahlen und dann einstecken, was die anderen errungen haben. Die Gewerkschaft müßte es fertig bringen, daß nur die Kollegen in den Genuß der Lohnhöhe kommen tun, die im Verband sind.“

Am Schluß wurde dann die neue Lohnhöhe von den Vertrauensmännern unter Protest angenommen.

Die Sitzung war schon lange wieder vergessen. Neue Lohnverhandlungen folgten. Mit jeder Lohnverhandlung wurden die Geldtüten und Papierseine am Ende der Woche größer. Dafür konnten sich die Arbeiter dann um so weniger kaufen. Der Dollar stieg rapid. Zehn, fünfzig, hundert Milliarden stand am Fabrikeneingang angeschlagen. Zuletzt langten die Notenpressen nicht mehr, und die Städte gaben Gulscheine aus. Manchmal gab es zwei-, dreimal Geld in der Woche, und die Arbeiter konnten sich zwei-, dreimal nichts dafür kaufen. Sie arbeiteten buchstäblich umsonst. Die Kapitalisten rechneten schon lange mit ausländischer Währung.

Sebastian Reubel und sein Kollege, der Jörg, standen Sonnabends eine gefrichtene Stunde beisammen, verglichen ihre Lohn-tüten und schüttelten die Köpfe. Sie konnten mit dem besten Willen ihren Lohn nicht mehr ausrechnen. Der Jörg wurde beim Zählen ärgerlich, feuerte die Lohn-tüte mit Inhalt über seinen Schlackenhaufen hinweg und krächzte wie ein Rabe vor Zorn: „Wann de Geföhl häst, müßt dich der Schlag tähen“, wann de Geföhl häst!“

Die Frauen standen an der Fabrik und warteten, bis ihnen die Männer mittags die Lohn-tüten über die Mauer warfen, weil sie überhaupt nichts mehr für den Lohn ihrer Männer bekamen, wenn sie bis zum Abend warteten. Gar oft reichte es knapp für das Brot in der Woche und vielleicht für etwas Margarine und Malzkaffee. Die Belegschaften hielten ihre Läden zu oder gaben nichts mehr her. Der Hunger fiel wie ein Gewittersturm in die Häuschen der Arbeiterkolonie. Kinder verlangten nach Brot, das ihnen ihre Mütter nicht geben konnten, während die Väter draußen in der Fabrik schufteten, die großen Kamine qualmten, die Wägen und Schmelzkeffel Farben lieferten, die dann gegen Devisen und Dollars an das Ausland verkauft wurden.

Trübselig sah Johann Meigel an einem Montagmorgen am Bahnhof. Er hatte in der Woche vorher sorgsam seine Papierseine aufgehoben. Als er Montag früh an den Bahnhof kam, lange sein ganzer Wochenlohn nicht mehr für die Rückfahrt in die Fabrik.

Wenn ich das gewußt hätte, häst ich mer wenigstens eine Stange Käse mitgenommen am Sonnabend“, sagte er zu einer Dame, die sich mit ihm unterhielt.

„Haben Sie auch Kinder?“ erkundigte sich ein Herr neben ihm.

„Ja, e ganz schee Hänfche“, entgegnete er mit einem verlegenen Schmunzeln. Er sagte nie die Zahl, vielleicht, weil sie ihm selbst zu hoch war. Er hatte nämlich bloß acht.

„Wovon lebt denn jetzt Ihre Familie die ganze Woche?“ forschte die Dame weiter.

„Mer habe noch alte Kartoffeln im Keller, die könne se esse“, entgegnete er trennzig.

Auf diese Antwort hin sammelten die Mitreisenden, damit Johann Meigel, ein Arbeiter der großen Anilinfarbenfabrik, wenigstens wieder nach seiner Arbeitsstelle zurückfahren konnte.

„Eine Schande ist es für eine so große Firma“, sagten die Reisenden, „daß sie die Arbeiter so miserabel entlohnt.“

(Fortsetzung folgt.)